



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Bundeskongress in Kassel:

„Grundsätzlich kommunal“

Beim diesjährigen Kongress-kommunal der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU in Kassel legte die Bundes-KPV ihr Augenmerk auf das Superjahrwahl 2024 mit Europawahlen, drei Landtagswahlen und neun Kommunalwahlen, die die Weichen für die nächsten Jahre stellen werden. Zudem stand die inhaltliche Debatte über das neue Grundsatzprogramm der CDU auf der Agenda des zweitägigen Kongresses unter dem Motto „Grundsätzlich kommunal“.

Vor rund 500 Teilnehmern aus Politik, Kommunalwirtschaft und Verbänden verwies Christian Haase, KPV-Bundesvorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, darauf, dass Inflation, hohe Energiekosten, eine schwächelnde Wirtschaft und der Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten die Menschen belasteten und verunsicherten. Noch nie sei das Vertrauen in die staatlichen Institutionen so schwach gewesen. 70 Prozent der Menschen glaubten nicht, dass der Staat die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann. Mit dem vernichtenden Haushaltsurteil aus Karlsruhe wachse die Unsicherheit weiter.

„Wir Kommunalen der Union unterstützen die EVP dabei, wieder stärkste Kraft im EU-Parlament zu werden und Motor zu sein für ein Europa der Menschen“, betonte Haase. „Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die nächste EU-Kommission, den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und ihren Kommunen neuen Handlungsspielraum verschafft und nur dort tätig wird, wo europäische Regelungen wirklich notwendig und verhältnismäßig sind und dies stets nachvollziehbar begründet.“

Klares Bekenntnis zu den Kommunen

Vom neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands erwarten die Kommunalen in der Union ein klares Bekenntnis für starke kommunale Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung. Denn immer mehr Gemeindevertreter sahen

keinen Spielraum, um Politik vor Ort tatsächlich zu gestalten, weil ihnen schlicht das notwendige Geld dafür fehlt, stellte Haase fest: „Pflichtaufgaben, wie der Ausbau von Kita- und Hortplätzen, binden die Mittel. Erschwerend hinzu kommen die unzähligen Vorschriften und Prüfungen, die jegliche kreative Lösung verhindern. Wo nur noch der Notstand verwaltet werden kann, findet sich auch niemand, der für ein kommunales Amt kandidieren möchte. Das gefährdet unsere Demokratie.“

Gestaltungsspielraum erweitern

Statt eines immer engeren Korsetts müsse der Gestaltungsspielraum der Kommunen erweitert werden. Im Wettbewerb vor Ort entstünden die besseren Lösungen. Haase: „Die kommunale Daseinsvorsorge ist unsere Visitenkarte. Die föderale Ord-“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Sondertreffen der Energie- und Wirtschaftsminister in Berlin:

Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Umschichtung von Geldern in den Klima- und Transformationsfonds des Bundes (KTF) haben sich die Energie- und Wirtschaftsminister der Länder gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck in einer Sonderministerkonferenz darauf verständigt, dass an den milliardenschweren KTF-Projekten festgehalten werden soll.

Wie der bayerische Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz, Hubert Aiwanger, betonte, stünden zahlreiche wichtige wirtschafts- und energiepolitische Projekte auf der Kippe. „Wir fordern, dass diese Zukunftsinvestitionen – von Geothermie bis Wasserstoff, von Mikroelektronik bis zur Strompreiskontrolle – realisiert werden. Diese Vorhaben sind unverzichtbar für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Daher müssen jetzt Finanzierungsmöglichkeiten ausgelotet und zeitnah vereinbart werden.“

Aiwanger: „Keine Denkverbote!“

Der Staatsminister forderte, dass Bundeskanzler Olaf Scholz zeitnah auf die Ministerpräsidenten der Länder zugeht, um zu besprechen, wie die derzeit fehlenden Milliardensummen finanziert werden können. Aiwanger: „Es geht darum, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland auch zukünftig auf stabilen Beinen stehen kann

1000 Schulen für unsere Welt:

Bundesweite Vorzeigeprojekte

GZ-Herausgeber Landrat Stefan Röbke im Gespräch mit Bundesministerin Svenja Schulze

Unter dem Dach der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ sammeln Kommunen bundesweit gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Spenden für Schulbauprojekte im Globalen Süden. Seit Gründung der Initiative im Jahr 2018 sind Hunderte neuer Schulen und Entwicklungsmaßnahmen entstanden. Dadurch können viele Kinder nun regelmäßig zur Schule gehen.



Die Idee für diese Initiative hatte GZ-Herausgeber Landrat Stefan Röbke. Nun wurde er von Bundesministerin Svenja Schulze zum Treffen der „Botschafter*innen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ ins Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingeladen. Die Ministerin übernahm im August die Schirmherrschaft der vor fünf Jahren von den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufenen Gemeinschaftsinitiative. Schulze verwies auf die nicht

erschwerende Einstiegsmöglichkeit für Städte, Landkreise und Gemeinden in die Entwicklungszusammenarbeit. Röbkes Ansatz sei genau der richtige „um ein besseres Verständnis für globale Zusammenhänge zu schaffen und um den Kommunen den Weg für weiteres entwicklungspolitisches Engagement zu ebnen“.

Stefan Röbke freut sich über die stetig steigende Anzahl an Schulbauprojekten. Zwar ist sein eigener Landkreis Donau-Ries im bundesweiten Vergleich mit 68 Schulbauprojekten weiterhin ungeschlagener Spitzenreiter; doch kommen auch aus allen Bundesländern weitere Schulen hinzu. Röbke hat den Eindruck, dass inzwischen ein Schneeballeffekt entstanden ist. Mit Bundesentwicklungministerin Svenja Schulze als neuer Schirmherrin erhofft er sich wichtige Chancen, den bundesweiten Bekanntheitsgrad der Initiative weiter zu steigern und dadurch möglichst zahlreiche neue Schulen und andere Projekte im Globalen Süden zu schaffen.

1000 Schulen für unsere Welt:
www.1000schulenfuerunserewelt.de

Deutscher Städtetag:

Plädoyer für Modernisierung

Die Mobilitätswende, die geplante EU-Luftqualitätsrichtlinie und die Kindergrundsicherung standen im Zentrum der jüngsten virtuellen Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags. Nach Ansicht des Kommunalverbands sollen Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen möglichst schnell den geplanten Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV zum Laufen bringen. Dafür brauche es dringend mehr finanzielle Mittel. Außerdem müsse die Finanzierung des Deutschlandtickets schnell und dauerhaft geklärt werden.

„Die Mobilitätswende darf kein leeres Versprechen bleiben. Wir wollen mehr Menschen dafür gewinnen, auf Busse und Bahnen umzusteigen. Wir wollen Strecken ausbauen, den Takt verbessern und mehr klimaneutrale Fahrzeuge einsetzen“, erläuterte der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. Je attraktiver das Angebot des ÖPNV sei, desto mehr Menschen stiegen vom eigenen Auto um.

Dies Sorge für weniger Staus, bessere Luft und sei ein elementarer Beitrag zum Klimaschutz. Bereits heute trügen die Kommunen über 4 Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung des ÖPNV bei – „ein großer Kraftakt“, wie Jung bemerkte.

Nötig wären massive ÖPNV-Investitionen

Um das aktuelle Angebot auszubauen und attraktiver zu gestalten, müsse massiv in den öffentlichen Personennahverkehr investiert werden. Jedoch stockten die Gespräche zwischen Bund und Ländern zum angekündigten Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV seit Monaten. „Damit steht die Verkehrswende aktuell auf dem Abstellgleis“, machte der Städtetagsvize deutlich.

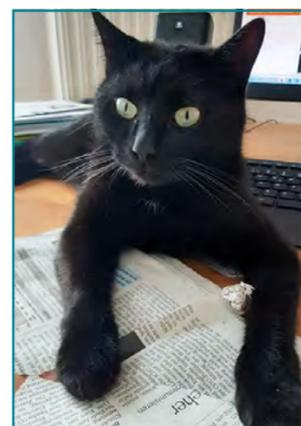
Jung fordert mehr Tempo

Jung zufolge wollen sich die Landesverkehrsminister erst im kommenden Jahr weiter über die Finanzierung des ÖPNV unterhalten; zudem habe der Bund deutlich gemacht, dass er frühestens ab 2025 weitere Finanzzusagen machen wird. Damit sei schon jetzt klar, dass es bis zur nächsten Bundestagswahl keinen Ausbau des ÖPNV geben kann, der für die Bürger mehr Qualität und bessere Verbindungen bringt. Denn selbst

wenn die Städte morgen investieren könnten, dauerten allein Ausschreibungen für neue Strecken oder Fahrzeuge mindestens zwei Jahre. Vor diesem Hintergrund forderte Jung „deutlich mehr Tempo“: Bund und Länder müssten sich schnell auf eine Finanzierungslösung für den ÖPNV-Ausbau einigen, die dann spätestens ab dem 1. Januar 2025 gilt.

Regionalisierungsmittel erhöhen

Darüber hinaus plädiert der Deutsche Städtetag unter anderem, die Regionalisierungsmittel ab sofort jedes Jahr um 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu erhöhen und (Fortsetzung auf Seite 4)



Pino hält den Kanzlervorschlag „Trabantenstadt“ als Ad-hoc-Lösung gegen die Wohnungsnot für ungeeignet. Der Blick nach Frankreich zeige, dass das Experiment auch schiefgehen kann, Stichwort „Banlieue“. Bei uns hat die Kommunalpolitik aus den Bausünden der Vergangenheit lebenswerte Nachbarschaften mit eigenem Flair gemacht. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Preise der Bayerischen Landesstiftung	Seite 2
Heimatbericht 2022	2
Neuer Integrationsbeauftragter	2

GZ-Kolumne Stefan Röbke:
Ein Jahr im Zeichen der Wahlen und der Kommunalpolitik . . . 3

Ethikratsvorsitzende: „Dem Auto vertraut man doch auch!“ . . . 3
Kliniken: Starke Rückendeckung aus Bayern. 4

Kommunale Wasserthemen 5-6
Kommunale Umweltthemen • Ressourcenschutz 7
Kommunales Verkehrswesen • Kommunaltechnik • Wald . . . 8-9

Aus den bayerischen Kommunen. 9-12

Entlastungen nicht disponibel

„Wir halten alle Projekte für maßgeblich“, erklärte der Vorsitzende der Energieministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann. „Auch geplante Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger, etwa bei den Netzentgelten, sind für uns nicht disponibel.“

Aus Willingmanns Sicht ist es

DK

Preise der Bayerischen Landesstiftung:

Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl

„Gerade in Krisenzeiten muss außergewöhnliches Engagement für unsere Heimat besonders honoriert werden. Die jährliche Verleihung der Preise der Bayerischen Landesstiftung für hervorragende Leistungen ist daher im Jahr 2023 wichtiger denn je“, stellt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2023 der Bayerischen Landesstiftung in München fest. Die Preise der Bayerischen Landesstiftung – je Kategorie mit 30.000 Euro dotiert, verteilt auf jeweils drei prämierte – seien nicht nur eine Bestätigung für das eigene Handeln der Preisträger, sondern auch eine Anerkennung der Öffentlichkeit für die geleistete Arbeit.

Mit dem Sozialpreis wurden die Inklusionsgarde der Karnevalgesellschaft Narragonia Regensburg 1848 e.V., die Landesstelle für Glücksspielsucht in Bayern und die Straßenambulanz St. Franziskus e.V. in Ingolstadt ausgezeichnet.

Inklusionsgarde fördert „Tanzen ohne Grenzen“

Die Narragonia Regensburg ist die älteste Faschingsgesellschaft Bayerns und bereits seit über zehn Jahren der erste Faschings- bzw. Karnevalsverein mit Menschen mit Behinderung in aktiver Faschingskultur im Freistaat. Die Inklusionsgarde fördert unter dem Motto „Tanzen ohne Grenzen“ auf sportliche sowie tänzerische Art und Weise das Selbstvertrauen der rund 26 Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Ohne den Einsatz der ehrenamtlichen Trainer und Betreuer wäre ein derartiges Projekt nicht möglich.

Detektivgeschichte gegen Glücksspielsucht

Das kostenlose Kinderbuch

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Volkamer
97348 Einersheim
am 8.12.

Bürgermeister Jürgen Zinnert
95460 Bad Berneck
am 20.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Schermer
85072 Eichstätt
am 8.12.

Bürgermeister Walter Gloßner
91790 Nennslingen
am 12.12.

Landrat Bernhard Kern
83435 Bad Reichenhall
am 12.12.

Bürgermeister Roman Berr
92268 Etzelwang
am 14.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Sandra Dietrich-Kast
89364 Rettenbach
am 9.12.

Bürgermeister Klaus Faatz
96172 Mühlhausen
am 15.12.

Bürgermeister Willi Fleckenstein
63831 Wiesen
am 18.12.

Bürgermeister Helmut Bauz
91186 Büchenbach
am 19.12.

Bürgermeister Karl Mair
83071 Stephanskirchen
am 20.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister a.D.
Peter Wachler, MdL
86865 Markt Wald
am 8.12.

Bürgermeister Holger Bezold
91077 Dormitz
am 11.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Mein Papa, die Unglücksspiele und ich“ der Landesstelle für Glücksspielsucht in Bayern erzählt eine Detektivgeschichte, in der eine Tochter erfährt, dass ihr Vater an Glücksspielsucht leidet. Dabei werden Fach- und Erfahrungswissen aus dem Suchtbereich kreativ umgesetzt und es wird kindgerecht erklärt, wie es zur Glücksspielsucht kommt und welche Hilfen es gibt. Das für Kinder ab acht Jahren geeignete Buch leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Gesundheitsförderung von belasteten Kindern und bietet Hilfe für betroffene Spieler und deren Angehörige.

Straßenambulanz

Ziel der im Jahr 2005 von Bruder Martin Berni gegründeten Straßenambulanz St. Franziskus e.V. in Ingolstadt ist es, sozial benachteiligte Menschen aus Armut und Sucht zurück in ein menschenwürdiges Leben zu führen. Nach dem Vorbild des heiligen Franziskus von Assisi sind die Tätigkeiten hierfür vielseitig: von der kostengünstigen Vermietung möblierter Zimmer, Heranführung von Langzeitarbeitslosen ohne berufliche Qualifikation und jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss an das Arbeitsleben, therapeutischen Wohngemeinschaften für suchtabhängige Menschen bis hin zur medizinischen Versorgung und vielen weiteren Angeboten. Die Vereinsarbeit und das vorbildliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer wird ausschließlich durch Spenden und Partnerschaften finanziert.

Umweltpreis

Über den Umweltpreis freuen sich die TE Connectivity Germany GmbH, der Bayerische Landesbund für Vogel- und Naturschutz e.V. (LBV) und der Bayerische Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) sowie der Lifeguide Region Augsburg e.V.

Die Firma TE Connectivity Germany GmbH am Standort Sinbronn in Dinkelsbühl ist ein Musterbeispiel für umwelt-schonende Produktionstechniken. Die Firma hat ein Recyclingkonzept für eine abwasserfreie Produktion entwickelt und produziert bereits seit 2019 am Standort Dinkelsbühl vollständig abwasserfrei. Durch neue Techniken wird Spülwasser und damit die Abwassermenge reduziert, zusätzlich werden wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen und wiederverwendet. Auch das verbleibende Abwasser wird entsalzt und ist im Anschluss für die Produktion wieder einsetzbar.

Projekt „Natur auf Zeit“

Mit ihrem gemeinsamen Projekt „Natur auf Zeit“ machen sich die LBV und BIV gemeinsam mit der Industrie, den Naturschutzbehörden und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für den Erhalt von Amphibienarten in Rohstoffgewinnungsstätten stark. Durch Kooperationsverträge und Umsiedlungsmaßnahmen gelingt es, zusammen mit örtlichen Unternehmen den Rohstoffabbau mit dem Erhalt des Lebensraums der Amphibi-

enpopulationen in Einklang zu bringen.

Seit mehr als sieben Jahren setzt sich der gemeinnützige Verein Lifeguide für nachhaltige Entwicklungen in und um Augsburg ein. 2018 wurde beispielsweise der erste Stadtführer mit Informationen und Tipps für nachhaltige Einkäufe und lokale Initiativen herausgegeben. Der Verein bietet neben seinem Internetportal auch vielfältige Aktivangebote an, zum Beispiel Stadtrundgänge mit umweltfreundlichen Aspekten wie Architektur, Mobilität, grüne Stadtviertel und ökologische Initiativen.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis wurden Rotraut Freifrau Stromer von Reichenbach-Baumbauer, das Theater Augenblick sowie Harald Rüschenbaum und die Jazz Juniors bedacht.

Als leuchtendes Vorbild der bayerischen Denkmal-Kulturpflege hat Freifrau Stromer von Reichenbach-Baumbauer ihr Leben dem Erhalt von Schloss Grünberg gewidmet. Sie brachte das in Altdorf bei Nürnberg gelegene Schloss in die Stromer-Familienstiftung ein und unterstützte dessen Erhalt durch erhebliche persönliche finanzielle Mittel. Schloss Grünberg spiegelt die gesamtdeutsche Kulturgeschichte wider und bietet unterhaltsame Besichtigungen und Konzerte für Besucher an.

Das Theater Augenblick, bereits seit 25 Jahren ein eigenständiger Fachbereich der Mainfränkischen Werkstätten in Würzburg, ist wahr geworden Inklusion und Integration. Es ist das erste und einzige Theater in Bayern, in dem Menschen mit Behinderung als Schauspieler wirken und das Schauspiel als Beruf ausüben. Die Akteure können hierbei ihre eigenen Ideen und Vorstellungen in-

Landtagsausschüsse:

CSU-Fraktion sichert sich wichtige Vorsitze

Die 14 Fachausschüsse des Bayerischen Landtags haben in ihren konstituierenden Sitzungen ihre Vorsitzenden und Stellvertreter gewählt. Durch die Änderung der Geschäftsordnung stellten CSU, Freie Wähler und SPD sicher, dass die AfD nicht den Vorsitz in einem der drei begehrten Ausschüsse Finanzen, Inneres und Recht beanspruchen kann. In einer emotional geführten Debatte sprach die AfD von einem Missbrauch der Geschäftsordnung und von einem „kleinen Ermächtigungsgesetz für die Regierungsfractionen“. Neben der AfD stimmten auch die Grünen gegen die Änderung der Geschäftsordnung. Sie argumentierten, man hätte einen Vorsitz der AfD in den wichtigen Ausschüssen auch auf anderem Wege verhindern können.

Bislang galt das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers. Danach hätte sich die CSU als größte Fraktion zunächst nur einen Ausschussvorsitz aussuchen dürfen, anschließend die Freien Wähler und dann die AfD, nun drittgrößte Fraktion und größte Oppositionspartei. Das sogenannte D'Hondt-Verfahren ersetzt jetzt diese Methode. Die Konsequenz: Die CSU-Fraktion durfte anfangs gleich zweimal wählen und so nutzte der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek den Erstzugriff der Regierungsfractionen, um den Vorsitz in den wichtigen Ausschüssen für „Staatshaushalt und Finanzfragen“ (Josef Zellmeier) sowie für „Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration“ (Petra Guttenberger) zu sichern. Der Vorsitz im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport ging an Roland Weigert (Freie Wähler).

„Um die Reihenfolge festzulegen, nach der die Fraktionen auf die Ausschüsse zugreifen dürfen, haben wir mit d'Hondt das Verfahren gewählt, das die

tegrieren und gemeinsam mit dem Ensemble die Theaterstücke erarbeiten. Dabei spielt ihre Behinderung in den Theaterstücken keine Rolle. Seit 2022 besitzt das Theater eine neue, dauerhafte Spielstätte im Kulturspeicher.

Der erfolgreiche Jazzmusiker und weltweit vernetzte Jazzpädagoge Harald Rüschenbaum bildet als künstlerischer Leiter des Landes-Jugendjazzorchesters Bayern in Marktoberdorf den Fixpunkt des Workshops „Jazz Juniors“. Dieser ist seit mehr als 30 Jahren Teil des pädagogischen Konzepts der künstlerischen Nachwuchsförderung. Dabei spielen Kinder und Jugendliche in kleinen Bands Musik ohne Noten, basierend nur auf Rhythmik, Stilistik und Gehör. Harald Rüschenbaum und „Jazz Juniors“ sind damit ein Paradebeispiel für erfolgreiche Nachwuchsarbeit im kulturellen Bereich.

13.400 Projekte

Staatsminister Füracker zufolge wurden seit der Stiftungsgründung 1972 Zuschüsse für mehr als 13.400 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 715 Millionen Euro durch die Bayerische Landesstiftung zur Verfügung gestellt. Allein im Jahr 2022 hat der Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat Zuschüsse von über 14 Millionen Euro bewilligt. 2023 wurden beispielsweise 500.000 Euro zur Errichtung eines Museumsgebäudes für die Dauerausstellung und die Neugestaltung der Außenanlagen des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth zur Verfügung gestellt. In Bamberg wurde die Sanierung des Barockflügels des Schlosses Geyserswörth mit 305.000 Euro gefördert. Zudem wurde mit einem Zuschuss von 362.000 Euro der Bau des Nachsorgezentrums für ehemalige krebserkrankte Kinder im Weiler Brennthal, Gemeinde Zeitlarn (Landkreis Regensburg) unterstützt. DK

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention

12. Dezember 2023, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

Heimatbericht 2022

Ländlicher Raum in Bayern gewinnt weiter an Attraktivität

„Die Bayerische Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land zu schaffen und zu erhalten – diesem Ziel kommen wir kontinuierlich näher! Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass in allen Regionen des Freistaats gleichwertige Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Nicht nur die großen Städte, sondern vor allem auch die ländlichen Regionen Bayerns bieten attraktive Standorte zum Wohnen und Arbeiten! Unser aktueller Heimatbericht zeigt, Bayerns ländlicher Raum befindet sich im stetigen Wandel und gewinnt deutlich an Attraktivität. Insbesondere holt er im Bereich Wirtschaftskraft enorm auf und leistet damit einen wichtigen Beitrag für einen starken und zukunftssicheren Wirtschaftsstandort Bayern“, verkündet Finanz- und Heimatminister Füracker anlässlich der Veröffentlichung des Heimatberichts 2022.

„Die demografische Entwicklung, der Klimawandel und die derzeitige geopolitische Lage sind aktuell herausfordernde Themen. Wir gehen diese auch zukünftig tatkräftig und gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern an. Unser langfristiges Ziel ist es, unsere erfolgreiche und lebenswerte Heimat Bayern für künftige Generationen zu erhalten und fortzuentwickeln!“, betont Füracker.

Der jährlich veröffentlichte Heimatbericht gibt einen Überblick über die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie der Verdichtungsräume in Bayern und stellt Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zur Aktivierung dieser Gebiete vor. Alleinstellungsmerkmal des Berichts ist die Analyse nach den Gebietskategorien „Ländlicher Raum“ und „Verdichtungsraum“. Besonders hervorzuheben in diesem Heimatbericht ist, dass die Bevölkerung 2022 erstmals in allen sieben Regierungsbezirken gewachsen ist. Die Zahl der Geburten hatte 2021 den höchsten Wert seit 1992 erreicht, sank jedoch 2022 wieder. Der Heimatbericht 2022 zeigt, dass sich die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes und des Verdichtungsraumes immer weiter annähern. Verglichen mit dem Jahr 2011 stieg das Bruttoinlandsprodukt 2021 im ländlichen Raum um 36,9 Prozent und im Verdichtungsraum um 38,5 Prozent.

Heimatbericht 2022 im Internet:

<https://www.stmfh.bayern.de/heimat>.

Neuer Integrationsbeauftragter Karl Straub, MdL:

„Migration mit Herz und Verstand“

Zum neuen Integrationsbeauftragten der Staatsregierung ernannte Ministerpräsident Dr. Markus Söder Karl Straub, MdL. Ziel der Amtszeit des neuen Beauftragten ist die Etablierung eines ganzheitlichen Ansatzes, der alle Aspekte des Themenbereichs Asyl, Integration und Migration miteinander verbindet.

„Ich bin kein Schönwetterpolitiker und möchte daher in den kommenden fünf Jahren dahin, wo es wehtut: direkt ins Geschehen, wo mich unschöne und for-

dernde Themen erwarten. Gute Entscheidungen im Bereich Migration kann nur treffen, wer die missliche Lage der Menschen versteht, die sich auf den Weg machen. Daher werde ich mich direkt vor Ort mit den Menschen unterhalten und mir selbst ein Bild von den Bedingungen sowohl hier in Bayern, auf den Hauptfluchtrouten und in den Herkunftsländern machen. Ich möchte die Migrationspolitik humanitärer gestalten, ohne Rahmenbedingungen und Sachzwänge aus den Augen zu verlieren.“

Handlungsbedarf

Handlungsbedarf

Zudem weist der Beauftragte auf den akuten Handlungsbedarf in der Unterbringung und den Aufnahmestrukturen hin: „Wir müssen unsere Aufnahmestrukturen entlasten und illegale Migration begrenzen. Wir haben die Grenze des Machbaren bereits überschritten. Die permanente Überforderung unserer Strukturen stößt zunehmend auf Ablehnung in der Gesellschaft. Die Qualität der Integration des Einzelnen hängt auch davon ab, wie sich die Aufnahmebereitschaft der hier lebenden Bevölkerung entwickelt. Zudem ist es von zentraler Bedeutung, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern.“

Grundsätzlich kommunal ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nung und das Subsidiaritätsprinzip wurden in den letzten Jahren immer mehr aufgeweicht. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegengetreten. Jedes neue Gesetz muss einen ‚Subsidiaritätscheck‘ durchlaufen. Bei Gesetzesvorhaben, die die Kommunen betreffen, sind kommunale Vertreter von Beginn an zu beteiligen, damit die Auswirkungen vor Ort frühzeitig Berücksichtigung finden. Wir müssen Kommunalpolitik wieder attraktiv machen. Wenn wir die kommunale Basis verlieren, verlieren wir das Gesicht unserer Demokratie.“

Kommunen brauchen mehr Geld für die Flüchtlingskrise

Auch auf dem Kongress-kommunal wurde offensichtlich, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise die größte Herausforderung für die Gemeinden bleibt. Die jüngsten Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz seien allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein, heißt es. Haase zufolge „ist es gut, dass die Bundesregierung nun wieder eine Pauschale pro Flüchtling an die Länder zahlen möchte. Da die Kommunen keinen Einfluss darauf haben, wie viele Menschen bei ihnen Schutz suchen, brauche es dieses „atmende System“. Die 7.500 Euro, die der Bund pro neu ankommenden Flüchtling zahlen möchte, seien jedoch zu wenig, hier müssten die Länder den Kommunen die Differenz ausgleichen.

Problematisch sei auch, dass es keine gesonderten Zahlungen für minderjährige Flüchtlinge geben soll. Schwerwiegender jedoch sei, dass die Bundesregierung keine Bereitschaft erkennen lasse, die illegale Migration tatsächlich zurückzudrängen. Mit den beschlossenen Trippelschritten könne es keine spürbare Entlastung in den Kommunen geben. Nach Haases Worten ist

Gleiche Rechte ...

(Fortsetzung von Seite 3)
64 Prozent der Befragten dafür aus, dass alle Helfenden im Katastrophenschutz die gleichen Rechte bekommen sollten und niemand Nachteile im Arbeitsverhältnis und bei Sozialleistungen haben sollte.

Die Verantwortlichkeit für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements sehen knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten in der Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

Absicherung im Einsatzfall

Wie könnten mehr Bürgerinnen und Bürger für die Mitwirkung im Katastrophenschutz gewonnen werden? Auch hier nennen die Befragten zuerst Aspekte der Absicherung im Einsatzfall: 47 Prozent sagen, dass ein gleicher Versicherungsschutz (z.B. Invalidität, Rente etc.) für alle ehrenamtlichen Helfer gewährleistet werden sollte, und 46 Prozent sprechen sich für eine Lohnfortzahlung aus, wenn Ehrenamtliche von öffentlichen Stellen angefordert werden. 41 Prozent sind der Meinung, dass Ehrenamtliche eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden sollte, 39 Prozent sprechen sich für zusätzliche Mittel für Fort- und Weiterbildungen und die Erstattungen von Aufwendungen aus und 38 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass ehrenamtlichen durch steuerliche Anreize oder zusätzliche Rentenpunkte motiviert werden sollen.

*Mehr Informationen zum aktuellen Ehrenamtsmonitor unter: <https://www.malteser.de/ehrenamtsmonitor.html>. □

es richtig, wie von der Union gefordert, die Asyl-Leistungen zu kürzen. Auch die Bezahlkarte sei ein sinnvolles Instrument. Für eine spürbare Entlastung würden aber zwingend die von der Union geforderten Asylverfahren in Drittstaaten benötigt. Hierzu sei lediglich ein Prüfauftrag vereinbart worden.

Auch die geplante Intensivierung von Migrations- und Rückführungsabkommen sei richtig, wenn diese endlich auch umgesetzt werden würden. „Wir haben auf unserer Bundesvertreterversammlung einen Beschluss gefasst, der den Maßnahmenkatalog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt. Es ist nun an der Bundesregierung zu handeln und entsprechende Gesetze auf den Weg zu bringen“, unterstrich der KPV-Bundesvorsitzende.

Struktureller Aufbruch für Bauen und Wohnen

Für einen strukturellen Aufbruch plädiert die Bundes-KPV beim Thema Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Hier heißt es unter anderem: „Bauen geht nicht ohne Bauland. Eine steigende Bevölkerung und explodierende Grundstückspreise beweisen, dass das Angebot zu niedrig ist. Das Aus für den § 13b BauGB verschärft die Situation insbesondere für kleinere Kommunen in ländlichen Räumen zusätzlich. Der Verweis auf Innenverdichtung, oder angeblich ungenutzte Brach- oder Konversionspotenziale kann nicht die einzige Antwort auf Flächenbedarfe sein. Wir stehen für einen sorgsameren Umgang mit dem kostbaren Gut ‚Fläche‘, müssen aber mit klugen Mechanismen wieder Wettbewerb und Flexibilität in den Baulandmarkt bringen. Zudem müssen wir künftig ehrliche Statistiken führen, die mit dem Kampfbegriff des sogenannten Flächenverbrauchs brechen, der auch Ausgleichsflächen, also ökologische Aufwertung, als sachwidrig als ‚Verbrauch‘ erfasst. Ziel muss sein, stattdessen die wirkliche Flächeninanspruchnahme und Versiegelung auszuweisen.“

Revitalisierungen von Grundstücken seien oft mit einer Nutzungsänderung verbunden. Diese müssten steuerlich erleichtert werden. Wenn die wirtschaftliche Grundlage für die Versteuerung von Entnahmegewinnen nicht mehr gegeben ist, weil es sich ausschließlich um Buchgewinne handelt, müsse bei der Umwidmung in Wohnungen darauf verzichtet werden.

Sofortprogramm für Krankenhäuser

Angesichts der aktuellen Lage und der von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte für eine Krankenhausreform verlangt die KPV u.a. ein Sofortprogramm zur Sicherung der Liquidität der kommunalen Krankenhäuser, um kurzfristig Insolvenzen zu verhindern und die kommunalen Haushalte zu schützen sowie eine verlässliche Basisfinanzierung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge. Vorhaltepauschalen seien ein erster Schritt und müssten zusätzliche finanzielle Mittel für die Krankenhäuser bringen.

Darüber hinaus sei das Grundangebot von Krankenhäusern besonders in den ländlichen Gebieten aufrecht zu erhalten sowie ambulante und stationäre fachärztliche Versorgung besser zu vernetzen. Erforderlich sei zudem eine flächendeckende Notfallversorgung sowie ein Investitionsfonds für die Weiterentwicklung bestehender Krankenhäuser, die Entwicklung neuer Versorgungsformen und die Reaktivierung ehemaliger erfolg-

reicher Modelle (z.B. Poliklinik).

Die Finanzlage der Kommunen verschlechtert sich dramatisch. Das kommunale Finanzierungsdefizit betrug bereits im ersten Halbjahr in den Flächenländern rund 7,3 Milliarden Euro. Für das kommende Jahr wird das Defizit auf rund 10 Milliarden Euro prognostiziert. Um die Defizite ansatzweise zu begrenzen, werden absehbar viele Investitionsprojekte vorerst gestoppt werden müssen. Real werden die kommunalen Investitionen sinken.

Deutschlandpakt für Kommunalfinanzen

Vor diesem Hintergrund plädiert die Bundes-KPV für einen echten Deutschlandpakt unter Einbeziehung der Kommunen. „Wenn der Bund den Kommunen durch seine Gesetzgebung Einnahmen entzieht, muss er für die Kompensation sorgen. Wir fordern die Länder auf, für einen vollumfänglichen Ausgleich des negativen Finanzierungssaldos zu sorgen und ggf. beim Bund die nötigen Mittel für die Kommunen einzufordern.“

Wer soziale Leistungen ausweitet oder unbegrenzt Migration zulässt, müsse die Folgekosten tragen. Die vollständige Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten, auch im Kinder- und Jugendhilfebereich, sei ebenso notwendig wie die vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft im SGB II. Kleinteilige Förderprogramme des Bundes widersprächen dem Prinzip kommunaler Selbstverwaltung, weshalb die KPV auch für die Bündelung, Vereinfachung und die vollständige Digitalisierung der Förderprogramme eintritt.

Die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen von über 60 Milli-

arden Euro (2022) sei eine wichtige, inzwischen auch stabile Einnahmequelle für Kommunen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auch international dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht gefährdet oder ausgehöhlt wird. Auch soll sie die „Veranlassungskonnexität“ wieder zur Grundlage des bundespolitischen Handelns machen: „Wenn der Bund neue Aufgaben definiert, die über die Länder an die Kommunen delegiert werden können/sollen, oder bei bestehenden kommunalen Aufgaben Standards ändert oder durch bundespolitische Entscheidung darauf hinwirkt, dass kommunale Einnahmen sinken, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich im selben Gesetzentwurf so vorzunehmen, dass die Mittel tatsächlich bei den Kommunen ankommen.“ Die Länder seien für die Kommunalfinanzen verantwortlich und müssten dieser Verantwortung gerecht werden, wo das nicht ausreichend geschieht.

Klares Bekenntnis zu starken kommunalen Strukturen

In den prominent besetzten Foren „Bauen und Wohnen“ (Moderation: Landrat Christoph Göbel, stellv. bayerischer KPV-Landesvorsitzender), „Digitalisierung“, „Energie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, „Mobilität“, „Soziales“ und „Kommunalfinanzen“ (Teilnehmer: Bayerns KPV-Vorsitzender Landrat Stefan Rößle) gaben namhafte Verbandsvertreter abschließend ein klares Bekenntnis zu starken kommunalen Strukturen ab. Gemeinden, Städte und Landkreise müssten auch künftig leistungsfähig und krisensicher bleiben und Menschen in kommunaler Selbstverwaltung das Land am Laufen halten. **DK**

Plädoyer für Modernisierungs...

(Fortsetzung von Seite 1)
diese Steigerung bis mindestens 2030 abzusichern. Außerdem müsse es zusätzliche Mittel für Investitionen in den ÖPNV geben. Jung: „Die Städte stehen für den Ausbau von Bus und Bahn in den Startlöchern und haben ihren Teil geliefert. Jetzt sind Bund und Länder dran.“

Bund und Länder in der Pflicht

Auch beim Deutschlandticket seien Bund und Länder in der Pflicht. „Wenn das Ticket als ein wichtiger Baustein der Mobilitätswende dauerhaft ein Erfolg sein soll, dann muss es auch langfristig und verlässlich finanziert sein“, erklärte der Städtetags-Vizepräsident. Stattdessen sei die Finanzierung weiter in der Schwebe: Bund und Länder könnten sich nicht darauf verständigen, die tatsächlichen Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen durch das Deutschlandticket auch im kommenden Jahr komplett auszugleichen. Nach Jungs Worten müssen sich Bund und Länder jetzt schnell verständigen, wie es mit der Finanzierung des Deutschlandtickets weitergeht, und diese Finanzierung dann auch langfristig absichern. Denn für die Zeit nach 2024 haben wir aktuell noch gar keine Zusagen für die Finanzierung. So ist die nächste Hängepartie zur Zukunft des Deutschlandtickets vorprogrammiert.“

Luftqualität im Blick

Mit Blick auf die geplante EU-Luftqualitätsrichtlinie fordert der Deutsche Städtetag, dass dort strengere Grenzwerte für saubere Luft gleichzeitig auch an verschärfte Vorgaben

zu reduzierten Emissionen gekoppelt werden, „denn Schadstoffe müssen an der Quelle bekämpft werden“. Dafür müssten sich Bund und Länder bei der EU stark machen. Der Verband warnt davor, die Verantwortung für saubere Luft einseitig den Städten zuzuschreiben und lehnt ein Sammelklagerecht und individuelle Schadenersatzansprüche gegen die Städte ab.

„Wenn die EU nun plant, die Luftqualität weiter zu verbessern, sind alle gefordert, die tatsächlich Emissionen produzieren – und das sind nicht in erster Linie die Städte selbst. Vor allem die Industrie, Automobilhersteller, Energiewirtschaft und Landwirtschaft tragen erheblich zur Luftverschmutzung bei. Sie müssen ihre Emissionen drastisch reduzieren, denn Schadstoffe lassen sich am besten an der Quelle vermeiden“, betonte Markus Lewe, Verbandspräsident und Münsteraner Oberbürgermeister. Allein an den Grenzwerten in den Städten zu schrauben, ohne die Emissionsgrenzwerte für die unterschiedlichen Verursacher zu verschärfen, ergebe keinen Sinn. Deshalb müsse bei der Industrieemissions-Richtlinie ebenso nachgeschärft werden wie bei den EU-RO-Normen für neue Fahrzeuge und für die Landwirtschaft. Dafür müssten sich Bund und Länder bei der EU stark machen.

In Kürze beginnt das sog. Trilog-Verfahren zur Richtlinie zwischen Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament. Die EU-Kommission will die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub in der Luft bis 2030 noch einmal halbieren. Das EU-Parlament fordert sogar, die noch niedrigeren Grenzwerte der WHO bis 2035 verpflichtend zu machen.

Angst vor Sammelklagen

Als besonders problematisch erachtet der Städtetag die Einführung eines Sammelklagerechts für Schadenersatzansprüche. „Wir haben die große Sorge, dass die Städte erneut mit Klagen und Verfahren überzogen werden, ohne selbst vor Ort Einfluss auf den Schadstoffausstoß von Industrie, Fahrzeugen oder Landwirtschaft nehmen zu können“, so Lewe. Die Luftqualität hänge von vielen örtlichen und überörtlichen Begebenheiten und geographischen Faktoren ab. Liege eine Stadt etwa an einem Fluss mit viel Schiffsverkehr, werde es allein mit örtlichen Maßnahmen niemals gelingen, Grenzwerte einzuhalten.

Die ohnehin vorhandene Hintergrundbelastung allein reiche aus, dass in vielen Städten die vom EU-Parlament für 2030 und 2035 geplanten Grenzwerte überschritten werden – ohne dass auch nur ein Autoauspuff oder Hausschornstein in der Stadt dazu beitragen. „Wenn Grenzwerte absehbar nicht zu halten sind, müssen gemeinsam mit den Ländern und dem Bund Maßnahmen entwickelt werden – und das mit ausreichend zeitlichem Vorlauf“, machte der Präsident deutlich.

Das Städtetags-Präsidium bekräftigte außerdem seine Erwartung, dass die neue Kindergrundsicherung durch ein einfaches und verständliches Antragsverfahren den Zugang zu familienpolitischen Leistungen deutlich verbessert und gleichzeitig unnötige Bürokratie in der Verwaltung vermeidet. Der vorliegende Referentenentwurf der Bundesregierung wird dieser Erwartung aus Sicht des Kommunalverbands nicht gerecht. Insbesondere auch der Wechsel von Zuständigkeiten bei Personen mit schwankendem Einkommen müsse auf ein Minimum reduziert werden. **DK**

Lebenshilfe Bayern begrüßt Entscheidung des Bundestages

Trautner: Politik muss Freiwilligendienste auch in Zukunft stärken

Freiwilligendienste stärken – unter diesem Motto hat sich die Lebenshilfe Bayern gemeinsam mit anderen Verbänden für die bisherigen Bundesmittel bei FSJ und BFD eingesetzt. Nun hat der Bundestag entschieden, die Mittel für 2024 nicht wie geplant zu kürzen. „Wir begrüßen das sehr! Es ist ein toller Erfolg für die Freiwilligen, für die Einrichtungen und vor allem für all die Menschen, die Hilfe brauchen! Deshalb müssen die Freiwilligendienste auch in Zukunft ausreichend finanziert und gestärkt werden!“, so die Landesvorsitzende der Lebenshilfe Bayern Carolina Trautner.

Die Freiwilligendienste sind vor allem für junge Leute eine tolle Chance, sich nach der Schulzeit persönlich und beruflich zu orientieren und sich dabei gleichzeitig für Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

Freiwilligendienste seit 45 Jahren

Dabei sind die Dienste oft der Einstieg in soziale Berufe. „Dies ist in Zeiten des Fachkräfte- und Personalmangels auch für uns wichtig, um engagierte Nachwuchskräfte für die Behindertenhilfe zu gewinnen“, so Trautner.

Die Lebenshilfen in Bayern bieten seit 45 Jahren das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und seit über 10 Jahren den Bundes-Freiwilligen-Dienst (BFD) an. Es gibt Einsatzstellen in ganz Bayern. Viele Lebenshilfen haben mehrere Plätze in verschiedenen Einrichtungen: Freiwillige können den Kleinsten in Krippen helfen, Kinder und Jugendliche in Kitas fördern, Erwachsene beim Wohnen und Arbeiten unterstützen oder sich in Kultur- und Freizeittreffs engagieren.

Der Lebenshilfe-Landesverband begleitet die beiden Dienste pädagogisch und veranstaltet

Karmasin zum geplanten Asylkurs der CSU:

Asylrecht anwenden!

„Wir begrüßen den von der CSU-Landtagsfraktion geforderten Asylkurs mit einer starken Betonung von Steuerung und Begrenzung „mit allen zulässigen staatlichen Mitteln“. In den Reihen der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte gibt es kaum noch jemanden, der nicht Hallen oder Zelte in Betrieb hat. Solange es noch ein paar Grünstreifen oder Parkplätze gibt, sieht man in weiten Teilen der Regierungskoalition in Berlin jedenfalls keinen eiligen Handlungsbedarf“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, in der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion.

„Das Asylrecht muss nicht geändert, sondern endlich angewandt werden. Rd. 50 Prozent der Menschen, die zu uns kommen, suchen nicht Schutz, sondern kommen aus anderen Gründen... Die jüngste Erleichterung des Aufenthaltsrechts durch die Bundesregierung ist eine Einladung... „Wir haben keine Möglichkeit, die Menschen zu integrieren. Mit keinem Geld der Welt lassen sich Kitas, Schulplätze etc. in absehbarer Zeit errichten. Entsprechend muss endlich der Zugang gedrosselt werden. Die EU-Außengrenzen müssen effektiv geschützt werden.“ □

Seminarwochen mit insgesamt bis zu 25 Bildungstagen. Wer sich für einen Freiwilligendienst interessiert, kann sich jederzeit bei seiner Lebenshilfe vor Ort oder beim Lebenshilfe-Landesverband melden. Die Kontaktdaten, ein Anfrage-Formular und viele weitere Infos gibt es im Internet unter <https://freiwilligeinheld.de/>.

Unter dem Motto „Miteinander – Wir gestalten Teilhabe“ setzt sich der Lebenshilfe-Landesverband seit 1962 als Dachorganisation der bayerischen Lebenshilfen insbesondere für Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien ein.

160 Mitgliedsorganisationen

Heute hat der Verband mit Sitz in Erlangen gut 160 Mitgliedsorganisationen. Diese unterstützen, fördern und begleiten über 50.000 Menschen mit Behinderungen und deren Familien. Die Lebenshilfe Bayern hat ein umfassendes Netz kompetenter Hilfe aufgebaut – mit etwa 900 Einrichtungen, Diensten und Beratungsstellen: Interdisziplinäre Frühförderstellen und Kindertageseinrichtungen, Förderschulen und Heilpädagogische Tagesstätten, Elternberatung, Wohnangebote und Werkstätten, Offene Hilfen und Familienentlastende Dienste, Kultur- und Freizeittreffs sowie Tagesstruktur für ältere Menschen mit Behinderungen.

Landesvorsitzende der Lebenshilfe Bayern ist Staatsministerin a. D. Carolina Trautner, MdL. Die Lebenshilfe ist bundesweit aktiv als Elternverband und Selbsthilfevereinigung, als Fachverband und Trägerin von Einrichtungen der Behindertenhilfe. □

Bayerische Wassertage in Augsburg:

Wasserversorgung in Zeiten des Klimawandels

Lösungen, wie die Wasserversorgung bei fortschreitendem Klimawandel sichergestellt werden kann, zeigten die diesjährigen Bayerischen Wassertage in Augsburg auf. Veranstaltet wurde die Tagung vom Förderverein KUMAS e. V. in Zusammenarbeit mit den Partnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, der Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG, MVV-Industriepark Gersthofen GmbH, IHK Schwaben und den Stadtwerken Augsburg.

Die Bayerischen Wassertage präsentierten sich auch im Jahr 2023 als wichtiger Treffpunkt und Austauschplattform für Betreiber genehmigungspflichtiger Anlagen, kommunale Träger der Wasserver- und Abwasserentsorgung, Behörden, Planungs- und Gutachterbüros und dienten wie immer dem Update zu wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Fragestellungen.

Prof. Dr. Harald Kunstmann, Leiter des Zentrums für Klimaresilienz der Universität Augsburg, berichtete eingangs anhand der Beobachtungen in der Erdsystemmodellierung darüber, dass sich die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf den künftigen Wasserhaushalt noch drastisch verschärfen werden. Es ergebe sich weiter dringender Handlungsbedarf in der Reduzierung von Treibhausgasen. Daraus folge die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich sehr schnell auch mit den Klimafolgen auseinanderzusetzen. Dabei könne es nicht nur darum gehen, den Folgen von Starkregenereignissen und Sturzfluten zu begegnen, sondern auch die Wasserbewirtschaftung neu zu denken.

Wasserzukunft Bayern 2050

Aufgrund der negativen Prognosen und in dem Bewusstsein, dass eine sichere Wasserversorgung die wichtigste Daseinsvorsorge ist, hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz eine Strategie zur „Wasserzukunft Bayern 2050“ und daraus das Programm „Wassersicherheit 2050“ entwickelt. Dieses umfasst laut Ministerialrat Roland Kriegsch im Wesentlichen die Aspekte Trockenheit und Dürre, nimmt dabei aber auch auf die Herausforderungen durch Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser Bezug.

Insbesondere solle gemeinsam mit allen Akteuren und Betroffenen aus Staat, Kommunen, und Verbänden Maßnahmen initiiert und evaluiert werden, um etwa die grundlegende Daseinsvorsorge, zu der eine sichere Versorgung mit Trinkwasser gehört, zu verbessern, sowie

technische Wasserinfrastrukturen zu überprüfen und anzupassen (z. B. öffentliche ortsnah Wasserversorgung, Fernwasserversorgung, Abwasseranlagen, Speicher und Überleitungen). Darüber hinaus gelte es, den Landschaftswasserhaushalt zu stärken und, wo notwendig, die Bewässerung nachhaltig und umweltverträglich zu gestalten, die Entwicklung urbaner Räume nach dem „Schwammstadtprinzip“ voranzubringen sowie wasser- und wasserabhängige Umweltqualität auch unter Stressfaktoren zu sichern. „Man will und muss nun die Weichen stellen, um auch den Anforderungen und Zielen der neuen Bayerischen Staatsregierung Rechnung hinsichtlich der Bewältigung des Klimawandels zu tragen“, betonte Kriegsch.

Weltweit kostbares Gut

Detailliert gingen die Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen auf die technischen und organisatorischen Herausforderungen einer gesicherten Trinkwasserversorgung ein. Vor allem die Situation in Franken hält besondere Herausforderungen bereit, da dort die Grundwasserneubildungsraten – wie auch insgesamt in Bayern – seit Jahren rückläufig seien, erläuterte Dr. Hermann Löhner von der Fernwasserversorgung Franken. Langfristig werde Franken auf Verbundlösungen angewiesen sein, um die Nachfrage nach qualitativ hochwertigem Trinkwasser befriedigen zu können.

Trinkwasser ist weltweit ein kostbares Gut, das es sinnvoll zu nutzen gilt. Die Wasseraufbereitung werde deshalb immer wichtiger, verdeutlichte Christian Zehetgruber (Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, Höchstädt). Er zeigte u.a. auf, wie eine komplette Kühlturm-Wasseraufbereitung mit Umkehrosmose aussehen kann und welch enormes Einsparpotenzial sich in der Schwimmbadtechnik verbirgt. Gerade laufende Betriebskosten ließen sich durch die Aufbereitung von Spülwasser und Wärmerückgewinnung langfristig reduzieren. Durch eine ent-

sprechende nachhaltige Anlagenschaltung könnten bis zu 80 Prozent Wasser und 70 Prozent Heizenergie gespart werden.

Auch unkonventionelle Konzepte können in Erwägung gezogen werden, wie etwa die Wassergewinnung aus Abwasser in Dubai – ein Projekt des KUMAS-Mitglieds Abwa-tec aus Oberndorf, das Geschäftsführer Harald Braun vorstellte. Damit sei es möglich, Bedarfe für Bewässerungssysteme, z. B. für den Gemüseanbau, sicherzustellen.

Ein weiterer Programmteil befasste sich mit dem Umgang mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen, kurz „PFAS“, die bis zu 10.000 Einzelsubstanzen umfassen und in unterschiedlichsten Bereichen zum Einsatz kommt. Aufgrund der Persistenz der Substanzen seien PFAS inzwischen global verbreitet und führten zu Akkumulationen in der Nahrungskette, informierte Dr. Michael Gierig vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Neben punktuell hohen Belastungen von Boden und Gewässern durch Schadensfälle oder den arglosen Umgang mit Löschschaum würden auch Belastungen in unberührten Naturlandschaften festgestellt, wie am Beispiel des Nationalparks Berchtesgaden dargestellt wurde.

Niederschlagsmanagement

Stichwort Niederschlagsmanagement: Aus Sicht von Ralph Prediger und Vita Karoblyte-Smara (Arnold Consult AG, München) müssen Wassergefahren bereits in den Grundzügen der Planung (Parzellierung, Straßentrassierung, Geländemodellierung) frühzeitig und ausreichend berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollten die Festsetzungs- und Hinweismöglichkeiten in den Baubauungsplänen konsequent genutzt werden, um zukünftige Schäden und die Risiken für Leib und Leben zu minimieren.

Flächenvorsorge in Bezug auf Starkregengefahren habe somit ein großes Potenzial bei der Minimierung von Risiken. Die Kommunen könnten hierzu über die Bauleitplanung steuernd eingreifen und durch Freihaltung von Flächen oder durch Vorgaben für die detaillierte Planung und Gestaltung von Nutzungen und Bauwerken in Gefahrenbereichen Risiken mindern.

Anhand des Entwicklungsprojekts Alfred-Delp-Quartier in Donauwörth wurde aufgezeigt, wie die Planungsschritte bei der Aufstellung des Bebauungsplans durch hydraulische Untersuchungen begleitet und so die Voraussetzungen für risikomin-

Verordnung über Trinkwassereinzugsgebiete tritt 2024 in Kraft

DVGW begrüßt Zustimmung des Bundesrats und appelliert an Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen für Wasserversorgungsunternehmen

Mit seiner Zustimmung hat der Bundesrat den Weg für die neue Verordnung über Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung (kurz Trinkwassereinzugsgebieteverordnung – TrinkwEGV) freigegeben. Die TrinkwEGV ist der letzte entscheidende Baustein für die Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie in deutsches Recht. Sie schafft in den Trinkwassereinzugsgebieten die Rechtsgrundlage für das neu eingeführte umfassende Risikomanagement für die Trinkwasserversorgung – von dem für die Wassergewinnung genutzten Einzugsgebiet über das Versorgungssystem bis zum Zapfhahn der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Betroffen von der neuen Verordnung sind mehr als 4.300 Wasserversorgungsunternehmen mit rund 16.000 Einzugsgebieten und rund 400 zuständigen Wasserbehörden. Dazu erklärt Dr. Wolf Merkel, Vorstand des DVGW: „Für sie schafft diese neue Rechtsvorschrift zusammen mit der in diesem Jahr in Kraft getretenen novellierten Trinkwasserverordnung Klarheit über die anstehenden Aufgaben und einzuhaltenden Fristen. Allerdings ist der gesteckte Zeitrahmen zur erstmaligen Einführung für die Unternehmen und Behörden äußerst knapp, so dass sie von beiden Seiten ein hohes Maß an Pragmatismus verlangt.“

Bis zum 12. November 2025 müssen Wasserversorgungsunternehmen eine Risikobewertung der Einzugsgebiete ihrer Entnahmestellen durchführen und ein auf die identifizierten Risiken zugeschnittenes Untersuchungsprogramm des Grundwassers, des Oberflächen-

wassers oder des Rohwassers festlegen. Wolf Merkel betont: „Die Durchführung der Risikobewertung binnen zwei Jahren ist eine enorme Herausforderung für die betroffenen Wasserversorgungsunternehmen. Der erhebliche Zusatzaufwand für Wasserversorger und Wasserbehörden ist nur dann gerechtfertigt, wenn er im Ergebnis auch zu verursacherbezogenen Maßnahmen führt, die einen wirksamen Schutz der Trinkwasserressourcen vor Verunreinigungen bewirken.“

Die zuständigen Behörden haben bis zum 12. Mai 2027 Zeit, die ihnen vorgelegten Unterlagen zu prüfen und geeignete Risikomanagementmaßnahmen zur Verhinderung oder Beherrschung der identifizierten Risiken festzulegen.

Der DVGW wird sein Regelwerk kurzfristig an die nun vorhandenen rechtlichen Anforderungen anpassen und eine Arbeitshilfe für Wasserversorger zur Durchführung der Risikobewertung bereitstellen.

Bereits vor 15 Jahren hatte der DVGW mit seinem Regelwerk zum Risiko- und Krisenmanagement für die öffentliche Wasserversorgung, das auch Eingang in die nationale und europäische Normung gefunden hat, die fachlichen Grundlagen für diese rechtlichen Anforderungen geschaffen. Seit der Veröffentlichung eines ersten Referentenentwurfs im April 2023 bis zur Zustimmung des Bundesrats hat der DVGW intensiv und erfolgreich an der Entwicklung einer vollzugstauglichen Grundlage für ein fachgerechtes Risikomanagement der Trinkwassereinzugsgebiete mitgewirkt. □

mierende Festsetzungen im Bebauungsplan geschaffen wurden. Für alle planerischen Aspekte sollten neben den Hochwassergefahrenkarten künftig auch die in den Starkregengefahrenkarten identifizierten Überflutungsbereiche berücksichtigt werden.

Gerade in Zeiten des Klimawandels, in denen wir mit Problemen wie Bodendürre und sinkenden Grundwasserständen konfrontiert sind, ist es nach Auffassung von Dr. Annika Beckmann (HPC AG) von großer Bedeutung, den lokalen Wasserkreislauf zu unterstützen. Eine wassersensible Planung der Grundstücksentwässerung könne dabei helfen, das Kleinklima positiv zu beeinflussen. Zum Beispiel sei es möglich, durch eine Anregung der Verdunstung über das Grün im Garten oder der Dächer bei Hitzesommern eine natürliche Kühlung zu fördern. Generell seien die Möglichkeiten der schadlo- sen Ableitung von Starkregenergie in Baugebieten so vielfältig wie die geplante Bebauung eines Grundstücks, unterstrich Beckmann. DK

Hauptrolle für die Hygiene

Ob im Gesundheitswesen, in Unternehmen und Einrichtungen im öffentlichen Raum oder auch in der Gastronomie: Wasserspender werden gerne angenommen. Sie sollten jedoch nachhaltig sein und Keimen keine Chance lassen. Dieser Forderung werden leitungsgebundene Systeme am Besten gerecht.

Spezialist für Trinkwasseraufbereitung ist seit vielen Jahren die Firma Brita. Deren Konzept stellt Hygiene nahtlos von der Produktion der Spender bis hin zum laufenden Betrieb sicher. Schon im kompletten Produktions- und Vertriebsprozess wird konsequent auf Hygiene geachtet. Desinfektionsroutinen und regelmäßige Stichprobenuntersuchungen sind selbstverständlich. Auch bei der Inbetriebnahme der Wasserspender am Einsatzort und den folgenden Wartungs- und Serviceeinsätzen, zum Beispiel beim Filterwechsel, bleibt der Fokus auf hygienische Sicherheit gewahrt.

Das Brita-HygienePlusSystem bietet einen hohen Standard. „Nicht umsonst sind wir seit über 20 Jahren in hygienesischen Einrichtungen wie etwa im Gesundheitsbereich in zahl-

reichen Krankenhäusern, Arztpraxen oder Reha- und anderen Therapieeinrichtungen mit unseren Wasserspendern vertreten“, macht Stephan Liebler, Head of Sales der Firma, deutlich.

Das System garantiert höchste Hygienesicherheit. In der ersten Stufe entfernt ein Hochleistungs-Eingangsfiltersedimente, Trübungen und Partikel aus dem Wasser. Ein Aktivkohlefilter eliminiert störende Geschmacks- und Geruchsstoffe. Ein zusätzlicher Doppelmembran-Filter direkt vor dem Wasserauslass hält 99,9999 Prozent aller Bakterien zuverlässig zurück.

Als dritte Komponente erhitzt die thermische Keimsperr- „ThermalGate™“ den Zapfhahn alle 90 Minuten automatisch auf über 120 Grad und desinfiziert ihn. Das verhindert eine Verkeimung. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

bvse-Mineraliktage in Stuttgart:

Qualitätssicherung und Zertifizierung im Visier

Ersatzbaustoffverordnung: Top oder Flop? Im Rahmen seiner Fachtagung in Stuttgart stellte der bvse-Fachverband Mineralik – Recycling und Verwertung den neuen Rechtsrahmen mit Experten aus Bund, Ländern, Industrie und Wissenschaft auf den Prüfstand.

Obwohl sich zahlreiche Baustoffrecycler bereits mit der seit dem 1. August 2023 geltenden Regelung vertraut und mit der QUBA-Zertifizierung (QUBA-Gütesiegel) dafür fit gemacht haben, sei der Großteil der Branche immer noch nicht auf die neuen Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) vorbereitet, wie der kommissarische Fachverbandsvorsitzende Michael von Malottky berichtete: „Wir vermuten, dass rund zwei Drittel der Branche die EBV haben kommen lassen, ohne sich im Vorfeld damit zu beschäftigen.“ Dies betreffe sowohl die Aufbereiter als auch die Bauherren, Architektur- und Ingenieurbüros, die nicht wissen, dass man heute rechtssicher und ohne Probleme Ersatzbaustoffe einbauen kann, und am Ende auch die Verwender und Bauunternehmer, die sich noch nicht damit auseinandergesetzt haben, was die EBV im Alltag für sie bedeutet.

Umdenken und einarbeiten

Aus Sicht von bvse-Geschäftsführer Stefan Schmidmeyer sind eingetretene Pfade erfahrungsgemäß das größte Hindernis dafür, sich mit der EBV zu beschäftigen. Da beispielsweise die Güteüberwachung bis zum 1. August auch in Bayern freiwillig war, sei diese in vielen Unternehmen vielfach gar nicht gemacht und auch von Seiten des Vollzugs nur lückenhaft kontrolliert worden. Nun sei es für alle an der Zeit, umzudenken und sich schnellstmöglich einzuarbeiten.

Umstellung nur geringe Probleme

Dabei ist laut Schmidmeyer ein Großteil der Anforderungen, die durch die EBV gestellt werden, im Grunde schon seit Jahren geübte Praxis und bringt für diejenigen, die sich in den vergangenen Monaten und Jahren mit der Qualitätssicherung beschäftigt haben, in der Praxis nur sehr geringe Probleme bei der Umstellung mit sich. Die Aufbereitungstechnik habe sich schließlich nicht geändert. Ähnlich verhalte es sich mit den Vorgehensweisen zur Güteüberwachung.

Qualitätssicherung und Zertifizierung

„Ohne Vorkenntnisse muss man sich einarbeiten. Dies braucht natürlich Zeit. An Qualitätssicherung und einer Zertifizierung führt dabei kein Weg vorbei. Das hat der bvse schon sehr früh erkannt“, unterstreicht Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock. In Erwartung der EBV, für die der Verband lange Jahre geworben habe, sei vor rund dreieinhalb Jahren gemeinsam mit dem DA-Deutscher Abbruchverband und dem ZDB-Zentralverband Deutsches Baugewerbe die QUBA Sekundärbaustoffe GmbH gegründet worden.

Umweltanalytik und technische Einsetzbarkeit

„Der Produktstatus“, so Rehbock, „war von Anfang an Ziel dieser bundesweiten Gütesicherung, in der es nicht nur um die Umweltanalytik, sondern um die technische Einsetzbarkeit geht. Bemüht um maximale Effektivität war es uns dabei stets wichtig, die ganze Kette der Ak-

teure, vom Abbruch über Aufbereitung und Recycling bis hin zum Bau, einzubinden.“

Besonders stolz sei der Verband auf die Anerkennung von Umweltminister Thorsten Glauber, der in Bayern als erstem Bundesland für alle QUBA-zertifizierte Ersatzbaustoffe in allen Materialklassen den Produktstatus erteilt hat. „Wir hoffen, dass dieses Beispiel Bayerns schon bald Blaupause auch für andere Bundesländer ist. Sich frühzeitig mit den Zeichennutzern auf den Weg in die EBV zu machen, hat sich bereits ausgezahlt“, bestätigte auch QUBA-Geschäftsführer Thomas Fischer. Bislang hat die QUBA GmbH bereits über 400 Betriebe inklusive Baustellen zertifiziert. Seit Oktober 2020 seien so mehr als 11,3 Millionen Tonnen und seit August 2023 ca. 1 Million Tonnen nach EBV güteüberwachter Sekundärbaustoffe in Verkehr gebracht worden.

Materialklasse bestimmt Einbauweise

„Wir sprechen mittlerweile auch nicht mehr über gute oder schlechte Qualitäten für einen Produktstatus“, erläutert Schmidmeyer und Fischer. Eine Materialklasse bestimme die entsprechende Einbauweise. Für alle mineralischen Ersatzbaustoffe, die gemäß EBV hergestellt sind, gebe es eine entsprechende Anwendung. Auch ein Ersatzbaustoff, wie etwa die Hausmüllverbrennungssasche, habe hier seine Berechtigung. Wenn es laut EBV einen Anwendungsbereich gibt, könne dieser auch güteüberwacht und zertifiziert werden.

Wissensvermittlung zu Sekundärbaustoffen

Um die Akzeptanz von gütegesichertem Recyclingmaterial weiter voranzubringen, seien der ständige Austausch und die Wissensvermittlung zu der Bedeutung von Sekundärbaustoffen an den entsprechenden Behördenstellen und deren Beratern, Architekten und Ingenieuren unerlässlich. Denn Sekundärbaustoffe überzeugen nicht nur durch Qualität, sondern tragen in erheblichem Maß zur Rohstoffsicherung, Ressourcenschonung und dem Erreichen der Klimaziele bei. „Wenn wir Produkte verkaufen, müssen auch wir als Recycler die Informationspflicht nach dem Produktrecht wahrnehmen“, machte Schmidmeyer deutlich.

EBV vollzugstauglicher machen

„Die EBV ist umsetzbar! Wir müssen gemeinsam daran arbeiten und mit dem Gesetzgeber reden, um das Regelwerk noch vollzugstauglicher zu machen. Ganz oben auf unserer Liste steht hier die Streichung des ausführlichen Säulenversuchs. Zu teuer, in der Durchführung viel zu langwierig, bringt er keinen Erkenntnisgewinn, keinen Mehrwert für die Qualität von Ersatzbaustoffen und wird ab 1. Dezember 2023 für den Eignungsnachweis auf der Baustelle zum Problem. Aus Kosten- und Zeitgründen werden viele Bauherren von der Aufbereitung auf der eigenen Baustelle Abstand nehmen und potenziell als Ersatzbaustoff verwertbares Material in der Verfüllung oder

auf der Deponie entsorgen. Daher appellieren wir nach wie vor an den Gesetzgeber, den Säulenkurztest und den Schüttelversuch für den Eignungsnachweis sofort zuzulassen“, lautete die Forderung der Experten. Darüber hinaus seien große Herausforderungen in Bezug auf Schadstoffproblematiken, wie PFAS und Asbest, zu lösen.

Den Umgang damit sowie Aufbereitungsmöglichkeiten und Entsorgungswege beleuchtete in der Folge Falk Fabian vom Baden-Württembergischen Umweltministerium. Thomas Schlösser (Schlösser Grund- und Tiefbau GmbH Berg) beschäftigte sich mit Möglichkeiten der Erkundung und Separierung von Beton mit asbesthaltigen Abstandshaltern.

PFAS und andere Themen

Ob PFAS-belastete Böden besser wiederverwendet, recycelt oder beseitigt werden sollten, wurde von Sascha Mirkovic (Geiger Entsorgung GmbH & Co. KG) hinterfragt. M. Sc. Anna-Lena Liesch informierte über die Entsulfatisierung von Bauschutt mit dem vom Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP) generierten „ENSUBA-Verfahren“. Der nass-chemische Prozess, der die selektive Entfäschung von Sulfat aus heterogenen Gemengen und die anschließende Rückgewinnung von reinem Gips ermöglicht, soll Synergien zwischen Aufbereiter und Gipsindustrie schaffen. DK

Eröffnung der Ausstellung „Natur auf Zeit“ im Bayerischen Umweltministerium

Einzigartige Kooperation zwischen Naturschutz und Industrie: LBV und BIV stellen gemeinsame Wanderausstellung vor

Die neue Wanderausstellung wurde zum mittlerweile preisgekrönten Projekt „Natur auf Zeit“ von der Vorstandin des Bayerischen Naturschutzfonds, Ulrike Lorenz, im Foyer des Umweltministeriums eröffnet. Bis einschließlich 4. Dezember war die Ausstellung im Bayerischen Umweltministerium zu sehen. Jetzt wird sie an verschiedene Orte in Bayern wandern. Eine der weiteren Stationen ist die Landesgartenschau 2024 in Kirchheim bei München.

Der bayerische Naturschutzverband LBV (Landesbund für Vogel- und Naturschutz) und die Rohstoffgewinnungsunternehmen des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) stimmen darin überein, dass die nachhaltige Gewinnung von mineralischen Rohstoffen einen hohen Wert für den Natur- und Artenschutz bietet.

Abbaustätten gehören zu den wichtigsten Ersatzlebensräumen vieler Amphibienarten, deren natürliche Lebensräume, beispielsweise naturnahe Wildflussauen, zu großen Teilen verschwunden sind. Durch die sich ständig verändernden Bedingungen während der Rohstoffgewinnung entstehen auf den Gewinnungsflächen in ihrer Funktion vergleichbare Ökosysteme für Kreuz- und Wech-



Pressekonferenz zum Bodentag 2023, v.l.: Pressesprecher Josef Schönhammer, Prof. Dr. Grassmann, Prof. Dr. Maria Finckh, Franz Rösl, Dr. Josef Smarda.

Bild: Nimmrichter

8. Bodentag 2023 der IG gesunder Boden e.V.

Gesunder Boden – Mehr als nur Ernte

Beim diesjährigen 8. Bodentag Mitte November in Neunburg vorm Wald mit dem Themenschwerpunkt „Gesunder Boden – Mehr als nur Ernte, Symbiosen und Artenvielfalt fördern“ lud die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. (IG gesunder Boden) als Veranstalter hochkarätige Referentinnen und Referenten ein. Es sprachen die Wissenschaftler Prof. Dr. Martin Grassberger, Prof. Dr. Maria R. Finckh und Dr. Martin Nuss, sowie viele Praktiker, die ihr umfangreiches Wissen zu gesunden Böden und Pflanzen an die Teilnehmer des Bodentags weitergaben. Die Veranstaltung bot eine Gelegenheit für einen überregionalen Austausch von Wissen und Praxisbeispielen um gesunde, lebendige und humusreiche Böden aufzubauen.

Auch in diesem Jahr fand die mit rund 500 Teilnehmern etablierte, größte Tagesveranstaltung der IG gesunder Boden wieder als hybride Veranstaltung statt. Davon waren rund 300 Bodeninteressierte, Gäste und Referenten/innen vor Ort und haben gemeinsam mit den online zugeschalteten Teilnehmern den Bodentag mitverfolgen und mitdiskutieren können. Erstmals waren auch Schüler und Lehrkräfte live zu-

geschaltet, wie zum Beispiel die Neunburger Berufsschule mit ihren Auszubildenden für Land- und Forstwirtschaft.

Gesundheit durch lebendigen Boden

Das Motto des 8. Bodentages lautete: Gesunder Boden, mehr als nur Ernte – Symbiosen und Artenvielfalt fördern. Hier ging es um wichtige, neue wissenschaft-

Gz Gelegenheit Gz

Welche Stadt – Gemeinde in Niederbayern hätte Interesse ein Museum zu errichten, Exponate können als Dauerleihgabe zu Verfügung gestellt werden. Antwort an Chiffre 12345

liche Forschungsgebiete und aktuelle Erkenntnisse aus der Praxis im Boden-, Wasser- und Humusmanagement in Bezug auf Bodenleben und symbiontischer Prozesse. Franz Rösl, Vorstandsvorsitzender der IG gesunder Boden eröffnete den Bodentag mit einem Impulsvortrag mit dem Thema: Gesundheit durch lebendigen Boden. „Wir sind auch heuer wieder stolz, dass wir die Schwarzhallhalle bis zum letzten Platz mit unserem Programmangebot füllen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass das diesjährige Bodentag-Thema viele unserer Mitglieder und Gäste anspricht und interessant genug ist, einen Umdenk-Prozess gemeinsam mit uns anzustoßen und zu begleiten, um letztendlich wieder die Bodengesundheit zu verbessern“, so Rösl.

Neu war am Vortag des Bodentages der Praxis- und Vernetzungstag. Hier wurden besonders geeignete Möglichkeiten angeboten, sich intensiv auszutauschen, kennenzulernen und zu vernetzen. Man konnte die Chance nutzen, mit Referenten, Fachexperten und Praktikern ins Gespräch zu kommen. „Mit der Gestaltung dieses Tages sind wir gerne dem Wunsch zahlreicher Teilnehmer und Gäste nachgekommen, zusätzliche Möglichkeiten der nachhaltigen Vernetzung rund um gesunden Boden zu schaffen. Denn schließlich können wir mit gesundem Boden nur gemeinsam die künftigen Herausforderungen besser meistern“, betonte Rösl mit Blick auf die Veranstaltung und die Teilnehmer.



Neunburgs Erster Bürgermeister Martin Birner.

Nachhaltigkeitskonzept wird wieder umgesetzt

Der diesjährige Bodentag zeigte auch wieder allen Teilnehmern und Gästen vor Ort, wie Bodengesundheit gelebt und auch umgesetzt werden kann. Alle Teilnehmer wurden mit regional, saisonal und aus biologischem Anbau produzierten Lebensmitteln verköstigt, die auf gesunden Böden von Mitgliedern der IG gesunder Boden wachsen. Alle an diesem Tag angebotenen Feldfrüchte, auch Milch und Gebäck, erzeugten ausschließlich Landwirte und Betriebe aus der Region.

Und: Um die Umwelt so gering wie möglich zu belasten, wurde eine spezielle ökologische Ausgleichsmaßnahme als Kompensation zur An- und Abreise der Tagungsteilnehmer wieder umgesetzt. Der verursachte Kohlendioxid-Ausstoß in die Umwelt wird durch eine Obstbaum-Pflanzaktion im Frühjahr 2024 gemeinsam mit der Stadt Neunburg v. Wald wieder ausgeglichen. Inzwischen wurden in den letzten Jahren in Regensburg und Neunburg v. Wald über 100 Obstbäume, zum Teil auch alte Obstbaumarten, gepflanzt. Für mehr Informationen: www.ig-gesunder-boden.de/Veranstaltungen/Bodentag-2023



V.l. Dr. Andreas von Lindeiner (LBV), Dr. Stephanie Gillhuber (BIV), Dr. Bernhard Kling (Geschäftsführer BIV), Ulrike Lorenz (Naturschutzfonds), Dr. Norbert Schäffer (Vorsitzender LBV), Georg Fetzer (Präsident BIV), Manfred Hoffmann (ABBM).

Bild: StMUV



Die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs „Gemeinsam aktiv. Mobil in ländlichen Räumen“

Bild: Uwe Völkner / bundesfoto

Wettbewerb „Gemeinsam aktiv. Mobil in ländlichen Räumen“:

Bayerisches Siegertrio

BMWSB und BBSR zeichneten kommunale Mobilitätsprojekte aus

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) haben bei der Abschlussveranstaltung des Wettbewerbs „Gemeinsam aktiv. Mobil in ländlichen Räumen“ in Bonn 20 Kommunen für Projekte ausgezeichnet, die das Radfahren und Zufußgehen vor Ort einfacher, sicherer und attraktiver machen. Unter den Gewinnern befinden sich auch die drei bayerischen Vertreter Markt Roßtal, Landkreis Bamberg und die Stadt Freising.

Die Lage Roßtals ist durch die hügelige Struktur für viele Bürgerinnen und Bürger unattraktiv, so dass diese direkt das Auto benutzen. Um die aktive Mobilität zu steigern und die Bürger dazu zu bewegen, für Einkäufe etc. öfter das Rad zu nutzen und das Auto stehen zu lassen, schaffte der Markt Roßtal 2020 und 2021 jeweils ein Bürgerlastenrad

mit komfortablen Elektroantrieb an. 2023 folgte aufgrund der hohen Nachfrage das dritte Lastenrad. Dieses ist mit einer wettergeschützten Kabine für zwei Kinder ausgestattet. Die drei Lastenräder können von jedem Bürger kostenlos ausgeliehen werden, um umweltbewusst unterwegs zu sein.

Insgesamt strebt Roßtal durch

den Verleih von kostenlosen E-Bürgerlastenrädern an, eine fahrradfreundliche, lebenswerte und nachhaltige Gemeinde zu schaffen. Die Förderung des Radverkehrs und die Bereitstellung umweltfreundlicher Transportmöglichkeiten sind Teil eines ganzheitlichen Ansatzes zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Mobilität in der Gemeinde.

Bürgerinitiative „Roßtal bewegt sich“

Die Anschaffung von E-Bürgerlastenrädern in Roßtal war ein Projekt, das aus der offenen Bürgerinitiative „Roßtal bewegt sich“ entstand. Diese verfügt aber

über keine eigenen Mittel und stellte den Kauf der Lastenräder in der Steuerungsgruppe Radverkehr der Kommune vor. „Roßtal bewegt sich“ hat sich ehrenamtlich um die Anschaffung der Lastenräder gekümmert.

Mobil im Bamberger Land

Gemeinsam mit den 36 Gemeinden und Städten realisiert der Landkreis Bamberg Mobilstationen. Dabei können durch den modularen Ansatz unterschiedliche lokale Bedarfe berücksichtigt werden. Da der Landkreis Bamberg im Rahmen seines intermodalen Mobilitätskonzepts auch intensiv an einer erheblichen qualitativen und quantitativen Steigerung seines ÖPNV-Angebots arbeitet, sollte die gesamte Mobilität eine neue und abgestimmte Erscheinung erhalten. Alle Angebote der neuen Mobilität sollen unter der Marke „Mobil im Bamberger Land“ gut erkennbar zusammengeführt werden. Dazu sollen die Mobilstationen beitragen. Diese bieten der Bevölkerung eine räumliche Bündelung von Mobilitätsangeboten an netzrelevanten Verknüpfungspunkten. Die genaue Ausprägung ist in Abhängigkeit ihrer räumlichen Lage, dem Ortsbild, der Bedeutung im ÖPNV-Netz und der zu kombinierenden Verkehrsmittel modular gestaltbar.

Am jeweiligen Standort werden alle vorhandenen und künftigen Angebote und Dienstleistungen rund um die Mobilität gebündelt. Hierzu zählen z. B. sichere Radabstellanlagen, Radservice-Stationen, Pkw-Parken, Pendlerparken, Carsharing-Station, Taxistände, Ladepunkte für E-Autos, E-Bikes und Pedelecs und viele weitere Serviceangebote und Dienstleistungen wie z. B. Schließfächer, W-LAN-Hotspots, Ladebuchsen für Handys, Briefkasten, Packstation, öffentliche Toiletten. Damit werden Umstiege erleichtert, Wege verkürzt und zudem ein wertvoller Beitrag zum kommunalen Zusammenleben geleistet.

Um die Einheitlichkeit der Mobilstationen in Erscheinung und Benutzung zu gewährleisten sowie den Gemeinden die praktische Umsetzung möglichst einfach zu machen, wurde ein kreisweit anzuwendendes modulares Rahmenkonzept mit Gestaltungsleitfaden erarbeitet. Dieses findet unter Begleitung des Landkreises seit 2020 Anwendung und so sind inzwischen vier Mobilstationen in Baunach, Gundelsheim, Ebing und Zapfendorf realisiert worden. Viele weitere befinden sich im Bau (Litzendorf) bzw. in Planung (z.B. Burgebrach, Ebrach, Hallstadt, Oberhaid, Reckendorf, Scheßlitz) (Stand: Juli 2023).

Der Landkreis unterstützte seine Gemeinden konzeptionell und wirtschaftlich bei den Realisierungen der Mobilstationen.

„Entsiegeln, wiederverwerten, aufwerten“

Die Innenstadt der Stadt Freising befindet sich aktuell im Um-

bau und wird verkehrsberuhigt ausgestaltet. Entsprechend sollte ein Einfahren des Kfz-Verkehrs in die Innenstadt nicht mehr möglich sein, wodurch Fahrspuren für den Kfz-Verkehr an der sog. Karlwirtkreuzung entfallen und stattdessen Radverkehrsanlagen angeordnet werden konnten. Der nahegelegene Platz wurde unter den Aspekten „entsiegeln“, „wiederverwerten“ und „bepflanzen“ attraktiver gestaltet.

Das Projekt ermöglicht eine sichere Führung für den Radverkehr und trägt dazu bei, dass Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr auf den engen Gehwegen minimiert werden. Vor allem im Sommer lässt sich erkennen, dass der neugestaltete Platz hohe Akzeptanz durch die Freisinger erfährt. Neben den erreichten Zielen (Sicherheit, Attraktivität) entstand auch ein wirtschaftlicher Nutzen für die anliegende Eisdielen am Platz sowie die Geschäftstreibenden der Innenstadt.

Die Umgestaltung des Platzbereichs wurde im Rahmen des Förderprogramms „REACT-EU“ gefördert. Für eine bessere Zu-

gänglichkeit zum Weihenstephner Berg wurden drei Stellplätze zu Gunsten von entsiegelten Aufenthaltsflächen entfernt. Der Parkplatz für Menschen mit Einschränkungen wurde im nahegelegenen Bereich vor dem Eiskeller neu gebaut. Die dort bestehenden Stellplätze für E-Fahrzeuge, Motorräder und Fahrräder wurden ertüchtigt. Die Stellplätze wurden dabei teilentsiegelt, um die Versickerung vor Ort zu gewährleisten.

Durch die Verlagerung und das teilweise Entfallen der Parkplätze konnte aus dem Verkehrsraum ein angenehmer urbaner, dennoch begrünter Platz mit einigen neuen Highlights wie einer großen Plakatwand mit Informationen zur Historie der Karlwirtkreuzung und des Lindenkellers, einem großformatigen Graffiti und Spielsteinen geschaffen werden. In den Abendstunden sorgt eine neue dezente Beleuchtung der historischen Mauer für eine angenehme Aufenthaltsqualität auf dem Platz, was insbesondere Besuchern von Veranstaltungen zugutekommt.

DK

Potenziale für mehr Radverkehr:

17. Fahrradkommunalkonferenz in Regensburg

Das Mobilitätsforum Bund im Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) hat in diesem Jahr gemeinsam mit der Stadt Regensburg die 17. Fahrradkommunalkonferenz ausgerichtet. Die Veranstaltung fand im November unter dem Leitthema „Das Rad vernetzt – Potenziale für mehr Radverkehr“ statt. Hauptförderer ist das Bundesministerium für Digitales und Verkehr.

Die Fahrradkommunalkonferenz 2023 thematisierte in Foren, Fachvorträgen, Exkursionen und Netzwerktreffen u.a. den Zusammenhang des Radverkehrs mit den Themenbereichen Digitalisierung, Klimaschutz und kommunaler Infrastruktur.

Am ersten Tag der Konferenz stand der Vernetzungsspektakel auf verschiedenen Ebenen im Fokus. Am zweiten Tag der Konferenz wurde die Praxisnähe der Vernetzung durch verschiedene Sessions und Fachforen geschaffen. Themen waren hierbei u.a. Change Management in der Verwaltung und

Stadt-Land-Umland-Beziehungen. Rund 320 Radverkehrsverantwortliche insbesondere aus den Kommunen, sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen an der Konferenz teil. Auch der Freistaat Bayern unterstützte die Konferenz fachlich, organisatorisch und finanziell. Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter konnte zwar nicht selbst teilnehmen, wünschte allen Beteiligten aber viel Erfolg: „Radverkehrsförderung ist nur erfolgreich, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln. Ziel der baye-

rischen Staatsregierung ist es, den Radverkehrsanteil in Stadt und Land weiter zu steigern. Am 1. August ist das Bayerische Radgesetz in Kraft getreten. Bis 2030 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen 1.500 Kilometer neue Radwege in Bayern bauen. Denn mit seinen vielen Vorteilen – es ist schnell, flexibel und umweltfreundlich – ist das Rad eines der wichtigsten Fortbewegungsmittel und gewinnt immer mehr an Bedeutung.“

Green Note Siegel

Die Fahrradkommunalkonferenz, die im marinaforum in Regensburg stattfand, wurde als besonders nachhaltige Veranstaltung mit dem Green Note Siegel ausgezeichnet. Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer zeigte sich im Anschluss zufrieden: „Es war uns eine Ehre, die 17. Fahrradkommunalkonferenz in Regensburg ausrichten zu dürfen. Ich bedanke mich für die vielen Impulse und den spannenden Austausch mit allen Beteiligten sowie die tolle Unterstützung durch das Staatsministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr. Wir konnten viel voneinander lernen und nun hoffe ich, dass wir in der Radverkehrsförderung alle einen weiteren großen Schritt nach vorne machen können.“

Die Fahrradkommunalkonferenz ist eine der wichtigsten Veranstaltungen der Radverkehrsbranche in Deutschland. Ziele der Konferenz sind der Wissenstransfer, der kollegiale und fachliche Austausch sowie die Netzwerkbildung, um Potenziale für mehr Radverkehr in Deutschland zu heben.

Die Veranstaltung endete mit der offiziellen Staffelstabübergabe an die ausrichtende Kommune der Fahrradkommunalkonferenz für das Jahr 2024, der Stadt Hannover.

Erhöhung der LKW Maut:

CO2-Preis Verdoppelung kommt zur Unzeit

Brossardt: „Kosten tragen Verbraucher – Reallohnverluste statt Lenkungswirkung“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. lehnt die zum 01.12.2023 eingeführte LKW-Mauterhöhung auf 200 Euro pro Tonne CO2 entschieden ab. „Wir beobachten aktuell einen leichten Rückgang der Rekindflation der letzten Monate. Die Mauterhöhung wird sich aber mangels Alternativen nahezu eins zu eins bei den Verbrauchern wiederfinden, denn der breite Serien-Hochlauf von Null-Emissionsfahrzeugen wird frühestens ab 2024 Fahrt aufnehmen. Bis dahin gibt es keine Ausweichmöglichkeiten für die Logistiker. Die Mauterhöhung verkommt so zum Inflationsstreiber und Reallohnverlustbringer für die Verbraucher. Die erwartete Lenkungswirkung kann sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht erbringen“, erklärt vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

„Neben den fehlenden Fahrzeugen gibt es auch noch gewaltige Lücken in der Ladeinfrastruktur. Diese müssen zunächst behoben werden, bevor der massive Umstieg auf Null-Emissionsfahrzeuge politisch forciert werden kann. Auch ist völlig unverständlich, warum die Einführung mitten im Wirtschaftsjahr stattfindet, in dem vielfach keine Änderung der Transportpreise mehr möglich ist. Ein Beginn zum Kalenderjahr hätte viele administrative und bürokratische Kosten vermieden. Das ist schlichtweg nicht nachzuvollziehen“, so Brossardt.

Aktuelle LBO-Mitgliederumfrage zeigt:

Personalmangel deutlich größer als bisher angenommen

MÜNCHEN. Der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) schlägt Alarm: Eine aktuelle Umfrage unter den privaten bayerischen Omnibusunternehmen, an der sich rund ein Drittel der in Bayern tätigen knapp 1.000 mittelständischen Unternehmen beteiligt hat, zeichnet ein düsteres Bild. Es werden deutlich mehr Busfahrerinnen und Busfahrer gesucht als bisher angenommen. Ebenso droht die Altersstruktur in den Betrieben den Mangel in den kommenden Jahren noch erheblich zu verschärfen.

In den rund 1.000 meist familiengeführten mittelständischen Omnibusunternehmen in Bayern fehlen sehr viel mehr Busfahrerinnen und Busfahrer als bisher angenommen. War das Ergebnis einer verbandsinternen Umfrage aus 2022 noch, dass im Freistaat rund 2.500 Fahrer fehlen, hat sich diese Zahl bis heute dramatisch erhöht. So lässt die Ende November durchgeführte Umfrage, an der sich mit rund 300 Unternehmen fast ein Drittel aller privaten Omnibusunternehmen in Bayern beteiligt haben, den Rückschluss zu, dass hierzulande ca. 4.000 Stellen als Busfahrer zu besetzen sind. Dass es nicht noch deutlich mehr offene Stellen gibt – das zeigt die Umfrage ebenso eindrücklich – hängt an den knapp 4.000 Rentnerinnen und Rentnern, die in Voll- oder Teilzeit Busse lenken.

„Wir hatten schon länger die Vermutung, dass sich der Personalmangel in den letzten beiden Jahren nochmals deutlich verschärft hat, aber diesen hohen Anstieg hatten wir nicht erwartet“, kommentiert LBO-Geschäftsführer Stephan Rabl die Umfrage. „Man muss es so sagen: die vielen Rentnerinnen und Rentner halten den Laden am Laufen! Ohne ihre Unterstützung drohten flächendeckend weit mehr Ausfälle als aktuell.“

Der Personalmangel hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf die Millionen Fahrgäste, die täglich den Bus nutzen und auf ihn angewiesen sind, sondern auch auf die Betriebe selbst. 80 Prozent der Unternehmen geben an, aufgrund des fehlenden Personals Umsatzeinbußen zu verzeichnen. Das gilt im öffentlichen Nahverkehr ebenso wie im Reise- und Gelegenheitsverkehr.

Eine Besserung der Situation ist aktuell nicht in Sicht, im Gegenteil. 45 Prozent der Beschäftigten (ohne Rentner) sind, so zeigt die Umfrage, 55 Jahre oder älter, scheiden also innerhalb der nächsten zehn Jahre aus.

„Das Berufsbild muss wieder attraktiver werden, junge Menschen und vor allem auch Frauen müssen sich für den Beruf begeistern, und nicht zuletzt auf politischer Ebene müssen Berufszugangshürden abgebaut und die Ausbildung endlich reformiert werden. Dann werden auch die politisch gesteckten Ziele einer Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 sowie attraktive Nahverkehrsangebote überall in Bayern erreicht“, zeigt sich Rabl überzeugt.



Alle Preisträger mit Waldkönigin Antonia Hegele und Ministerin Michaela Kaniber (m.). Bild: Hauke Seyfarth/StMELF

Vorbildliche Waldbewirtschaftung 2023:

Staatspreis für Memmingen und Iphofen

Neben weiteren zwölf kommunalen und privaten Waldbesitzern sind die Städte Memmingen und Iphofen mit dem Staatspreis für vorbildliche Waldbewirtschaftung ausgezeichnet worden. Forstministerin Michaela Kaniber überreichte im Rahmen eines Festakts in München die Staatsmedaillen. Der mit einem Preisgeld von je 1.000 Euro dotierte Staatspreis wird seit 1997 alle zwei Jahre vergeben.

„Der Staatspreis für vorbildliche Waldbewirtschaftung für die Stadt Memmingen ist eine tolle Bestätigung des großartigen Engagements unserer Forstverwaltung. Die städtischen Wälder und die Stiftungswälder werden seit vielen Jahren nachhaltig zugunsten der zukünftigen Generationen bewirtschaftet und gehen einen vorbildlichen Weg“, betonte

Oberbürgermeister Jan Rothenbacher, der den Staatspreis mit Stefan Honold, Leiter der städtischen Forstverwaltung, und Referatsleiter Thomas Schuhmaier entgegennahm.

Memmingen ist mit 1240 Hektar Waldfläche der zweitgrößte kommunale Waldbesitzer in Schwaben. Bei der Bewirtschaftung der städtischen Wä-

der steht heute der Umbau einschichtiger Altersklassenwälder in gemischte Dauerwälder im Vordergrund. Dadurch sollen die Auswirkungen des Klimawandels in Zukunft abgemildert werden.

Bewusstsein für den Wald

Rathauschef Rothenbacher, der selbst seit seiner Kindheit gern in den Wald geht, ist es wichtig, bei den Bürgerinnen und Bürgern Bewusstsein für den Wald und dessen Funktionen zu wecken: „Ich binde den Stadtrat bei allen Planungen im Stadtwald ein. Das bringt einen zusätzlichen Multiplikatorenereffekt in der Bevölkerung.“

Auf der einen Seite steht die Nutzung des Waldes. Die Vermarktung von jährlich rund 12.000 Festmeter nachhaltig erzeugten Holzes ist ein nicht zu unterschätzender Faktor im Etat des städtischen Forstamts. Auf der anderen Seite stehen die vielfältigen Funktionen des Waldes für die Bevölkerung und den Naturschutz. Aktuell plant die Stadt ein Waldinformations- und erlebniszentrum, das diese Funktionen thematisieren soll. Außerdem soll in dem Zentrum ein weiterer Waldkindergarten untergebracht werden.

Seit jeher dienen die städtischen Wälder der Erholung der Bürger, was der Forstbetrieb mit entsprechender Infrastruktur wie zum Beispiel einem Nordic-Walking-Trail unterstützt. Darüber hinaus engagiert sich die Stadt Memmingen bei verschiedenen Klima- und Artenschutzinitiativen wie dem „Runden Tisch der Artenvielfalt“ und belässt gezielt Biotopbäume und Totholz im Stadtwald.

Im Rahmen des Bundesförderprogramms „Klimaangepasstes Waldmanagement“ wird die Stadt künftig fünf Prozent ihrer Waldfläche aus der Nutzung nehmen, wie Forstamtsleiter Honold berichtete. OB Rothenbacher sieht all dies als gute Investition in die Zukunft seiner Stadt, auch wenn die genannten Erholungsfunktionen monetär nicht abzubilden sind. „Wir pflegen den Wald für die Bürgerschaft und deren Nachkommen“, so das Stadtoberhaupt.

Mit mehr als 2.300 Hektar Waldfläche zählt die Stadt Iphofen zu den großen waldbesitzenden Kommunen Bayerns. „Der Verpflichtung, die sich aus diesem Waldbesitz ergibt, sind sich die Stadtväter seit Generationen bewusst. Mit ihrem vielfältigen Engagement unterstützen die Verantwortlichen in Iphofen die Waldbelange weit über die Stadtgrenzen hinaus in der gesamten Region“, würdigt das Bayerische Forstministerium. Wie schon sein Vorgänger Josef Mend ist Bürgermeister Dieter Lenzer beim Bayerischen Waldbesitzerverband sowie als Vorsitzender des Forstauschusses im Bayerischen Stadttages aktiv.

Vorbildlich sei die Art und Weise, wie die Stadt bei der Waldbewirtschaftung die verschiedenen

Aspekte unter einen Hut bringt, heißt es weiter. Dabei stünden der Erhalt der traditionellen Mittelwaldwirtschaft und moderne Holzernnteverfahren gleichrangig nebeneinander.

Auch der sogenannte Hochwald wird in Iphofen naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Neben dem wertvollen Stammholz nutzt die Stadt heute auch das in der Vergangenheit oft unverkäufliche Kronenholz als Hackschnitzel für die Fernwärmeversorgung der Altstadt. Derzeit ist sogar ein zweites Heizwerk geplant.

Ebenfalls optimal erfüllt werden die Anliegen des Waldnaturschutzes: Die städtischen Wälder sind als sogenannte FFH-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat) im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 ausgewiesen. Außerdem nimmt Iphofen am LIFE-Programm der Europäischen Union teil.

Laut Staatsministerin Kaniber sind die Staatspreisträger wahre Vorbilder für alle Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. „So wie Sie klimatolerante Bäume pflanzen, sich für walddverträgliche Wildbestände einsetzen, den heimischen Öko-Rohstoffes Holz vermarkten, leisten Sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz. Mit Ihrem Engagement bewahren Sie unsere wunderschöne Heimat für unsere Kinder und Enkel.“

Mit einem Fördervolumen von rund 95 Millionen Euro allein im vergangenen letzten Jahr investiert der Freistaat so viel Geld in die Zukunft der Wälder, wie kein anderes Bundesland. **DK**



Die Swingo mit Sinkkastenreiniger wird der Gemeinde Unterföhring vorgeführt. Der Kommunaltechnik-Profi Henne Nutzfahrzeuge präsentiert den Bauhof-Kollegen eine leistungsstarke Lösung. Bild: Henne Unimog

All-in-One-Lösung zur Sinkkastenreinigung

Eine Person, ein Arbeitstag und bis zu 500 gereinigte Sinkkästen

Mit dem Sinkkastenreiniger von Allroundmaster kann ein Bediener allein das Entleeren von Straßenabläufen übernehmen. Das Anbaugerät ermöglicht es einer Arbeitskraft an einem Tag bis zu 500 Sinkkästen zu leeren, dabei kann mühelos zwischen Kehmaschine und Sinkkastenreiniger gewechselt werden.

Ohne körperliche Anstrengung und ohne der Witterung ausgesetzt zu sein, findet die Bedienung via Joystick von der Fahrerkabine aus statt. Das stufenlose Fahren der Swingo erleichtert das Anfahren der Sinkkästen. Mit einem Magnet wird das Hubgerüst angehoben, sodass das Saugteleskop in den Sinkkasten eintauchen und dieser gereinigt werden kann. Das Spülwasser wird nach dem Ausspülen gereinigt und kann erneut verwendet werden. Der Vorteil: Der Wassertank muss auch bei langen Einsätzen nicht nachgefüllt werden.

Henne hat als Basis die selbstfahrende Kehmaschine Swingo

200+ von Aebi Schmidt ausgewählt. Sie ist mit drei Besen ausgestattet und überzeugt durch ihre Reinigungsleistung und Effizienz. Die Kompaktkehmaschine hat ein zulässiges Gesamtgewicht von 5 Tonnen und verfügt über einen 2 m³ großen korrosionsbeständigen Kehgutbehälter.

Durch das Koanda-Umluftsystem und dem Drucklaufwassersystem ist der Feinstaubausstoß gering. Per Knopfdruck lässt sich das Fahrwerk absenken und mit dem zuschaltbaren Allradantrieb wird das Befahren von engen Durchfahrten und Kurven ermöglicht. **□**



V.l. Georg Hatzesberger, Erster Bürgermeister in Aicha vorm Wald, und Julian Haider von Beuthauser Safe Work freuen sich über die unkomplizierte Zusammenarbeit. Bild: Beuthauser

Professioneller Prüfservice

Eine ganze Gemeinde unter dem „Sicherheitschirm“ von Beuthauser Safe Work

Passau/Aicha vorm Wald. Im Rathaus, in der Schule und im Kindergarten, im Bauhof, in den Feuerwehrhäusern und in der Kläranlage: Elektrische Betriebsgeräte sind in all diesen Einrichtungen zahlreich zu finden. Doch überall dort, wo elektrischer Strom eingesetzt wird, lauern auch Gefahren: Stromschläge durch defekte Kabel können Menschen gefährlich verletzen und marode Leitungen Großbrände auslösen. Aus diesem Grund sind regelmäßige Überprüfungen essenziell – und gesetzlich vorgeschrieben. Die Gemeinde Aicha vorm Wald im niederbayerischen Landkreis Passau setzt bei der Umsetzung auf den Technischen Prüfdienst von Beuthauser Safe Work.

Konkret geht es um die DGUV Vorschrift 3, wonach Betriebe und Einrichtungen regelmäßig überprüfen müssen, dass ihre elektrischen Betriebsmittel in technisch einwandfreiem Zustand sind. Eine Pflicht, die Bürgermeister Georg Hatzesberger jedoch nicht nur als solche betrachtet. „Schließlich geht es um den Schutz unserer Mitarbeiter und aller Personen, die in die Einrichtungen kommen. Die Sicherheit muss bestmöglich gewährleistet sein. Als Gemeinde nehmen wir hier auch eine Vorbildfunktion ein“, sagt Hatzesberger.

Wirtschaftlich, verlässlich, rechtssicher

Die Überprüfungen müssen von Fachpersonal ausgeführt werden. „Dafür haben wir einen Partner gesucht. Beuthauser Safe Work bietet uns die wirtschaftlichste Lösung. Zudem achten wir darauf, wenn möglich mit Unternehmen aus der Region zusammenzuarbeiten“, führt der Bürgermeister aus. Seit Start der Kooperation im Jahr 2020 kommt einmal jährlich Julian Haider von

Beuthauser Safe Work nach Aicha vorm Wald, um die insgesamt rund 1.000 elektrischen Geräte in sämtlichen gemeindlichen Einrichtungen durchzuchecken.

„Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um ortsfeste Geräte handelt – alle müssen geprüft werden“, sagt Haider. Allerdings hat er nicht nur die Elektrogeräte im Blick. Einmal vor Ort begutachtet er auch die weiteren Betriebsmittel im Bauhof und in der Kläranlage, wie Ketten und Seile, Wagenheber oder Unterstellböcke, die ebenfalls wiederkehrend zu überprüfen sind.

Diese vollumfängliche Betreuung ist im gemeindlichen Bereich eher selten, wird von beiden Seiten aber sehr geschätzt. Bürgermeister Georg Hatzesberger betont insbesondere die Verlässlichkeit: „Julian kommt und tut eigenständig seine Arbeit – da brauchen wir uns um nichts mehr kümmern.“ Zudem profitiert die Gemeinde von der übersichtlichen Dokumentation samt Bildmaterial, mit der sich die regelmäßige Überprüfung rechtssicher nachweisen lässt. **□**



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Sitzend v.l.: Gudrun Brendel-Fischer, MdL a.D. / ehem. Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Stehend v.l.: Orhan Tinengin, Doyen der Türkischen Presse in München, Dr. Christoph Kern, Präsident des Bayerischen Fußball-Verbandes, Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Harald Güller, MdL a.D., Prof. Dr. Vural Ünlü, Vorstandssprecher der Türkischen Gemeinde in Bayern e.V., Hep Monatzeder, MdL a.D. / Bürgermeister a.D. der Landeshauptstadt München, Prof. Dr. Dr. Fuat Oduncu, Krebsforscher und Präsident der Erich-Frank Gesellschaft e.V., Dr. Hanna Sammüller-Gradl, Chefin des Kreisverwaltungsreferats der Landeshauptstadt München, Yehoshua Chmiel, Vize-Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Dr. Roman Deininger, SZ-Chefreporter.

Bild: Türkische Gemeinde in Bayern e.V.

Türkische Gemeinde in Bayern e.V.:

Verleihung der tgb-Verdienstplakette

Auszeichnung für Gudrun Brendel-Fischer, Harald Güller und Hep Monatzeder
Laudatio von Charlotte Knobloch

Bereits zum fünften Mal ehrte die Türkische Gemeinde in Bayern e.V. engagierte Akteure im Bereich der Integration und nutzte die Veranstaltung gleichzeitig für einen Austausch zu relevanten gesellschaftlichen Themen. Gudrun Brendel-Fischer, Harald Güller und Hep Monatzeder seien Persönlichkeiten, „die sich während ihrer langjährigen politischen Karrieren besonders für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eingesetzt haben“, heißt es auf der Internetseite des Vereins.

Vorstandssprecher Prof. Dr. Vural Ünlü betonte den Einsatz der Geehrten für das gesellschaftliche Zusammenwachsen im Freistaat. Besonders stolz zeigte sich der Verein, dass Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R., die Laudatio übernahm: „Es war eine große Ehre.“

Gudrun Brendel-Fischer

In ihrer Zeit als Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, setzte die CSU Politikerin aus Bayreuth wichtige Akzente, insbesondere im Bereich Bildung und Frauenrechte, und kann auf eine beeindruckende Leistungsbilanz verweisen.

Harald Güller

Ein parlamentarisches Urgestein mit einem Vierteljahrhundert parlamentarischen Engagement, zeichnete sich als Prototyp eines Politikers aus, der auch einen engen Kontakt zur Migranten-Community pflegt, insbesondere im benachteiligten Stadtteil Augsburg-Oberhausen. Als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion setzte er sich nachhaltig für die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen, Beratungsstellen und Sprachförderung ein.

Hep Monatzeder

Mit 18 Jahren kommunalpolitischer Erfahrung als Bürgermeister von München und für

fünf Jahre Mitglied des Bayerischen Landtags, gehört er zu den profiliertesten bayerischen Grünen-Politikern. Als Mitglied des tgb-Beirates hatte er stets ein offenes Ohr für die Anliegen des Vereins. Die tgb dankt ihm für sein Engagement innerhalb des Verbandes.

Dr. Charlotte Knobloch führte aus: „Meiner Überzeugung nach leben wir in Bayern bereits heute sehr gut miteinander – das ist meine feste Überzeugung. Allerdings wird sich unser Miteinander verändern, und wir können nicht allein unseren Abgeordneten die Verantwortung für die Gestaltung dieses Zusammenlebens auferlegen. Jeder, der hier lebt und unsere Werte teilt, der offen seine Meinung äußert und keinen Hass verbreitet, der seinen eigenen Weg geht, ohne den seiner Mitmenschen zu schmälern – dieser Mensch muss hier Heimat finden können. Ganz egal, wann und wo er betet und ob seine Großeltern aus München stammen, aus Konya oder aus Nowosibirsk.“

Dr. Olaf Heinrich weiter an der Spitze

Neuwahlen beim Trägerverein der Europaregion Donau-Moldau
Rita Röhl nach vielen Jahren verabschiedet

Gäbe es den Trägerverein der Europaregion Donau-Moldau (EDM) nicht, hätten viele Projekte auch in Niederbayern nicht realisiert werden können und viele Fördergelder aus Europa wären nicht in die Region geflossen. Beständig soll weiter an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gearbeitet werden, so der Wunsch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Er ist bei einer Sitzung im Landratsamt Kelheim einstimmig als Vorsitzender des Trägervereins wiedergewählt worden. Mit herzlichen Worten verabschiedete er Regens scheidende Landrätin Rita Röhl, die lange Zeit Beisitzerin im Gremium war.

Als der Trägerverein tagte, stimmte auch die Kulisse: Die Donau, die die EDM ja im Namen trägt, floss direkt am Sitzungssaal des gastgebenden Landratsamtes Kelheim idyllisch vorbei. Dass sich das Gebäude auf einem ehemaligen Gelände der Chemieindustrie befindet, zeigte Kelheims Landrat Martin Neumeyer auf. Bei der Sitzung waren als Mitglieder auch die Landräte Niederbayerns oder ihre Stellvertreter sowie Regierungspräsident Rainer Haselbeck zu Gast.

Rita Röhl verabschiedet

Sie alle wählten einstimmig Dr. Olaf Heinrich für weitere vier Jahre zum Vorsitzenden des Trägervereins. Sein Stellvertreter bleibt Passaus Landrat Raimund Kneidinger. Beisitzer sind weiterhin Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr und Freyung-Grafenaus Landrat Sebastian Gruber. Auch Rita Röhl war bislang Beisitzerin und übergab den Staffelstab an ihren Nachfolger im Regener Landratsamt, Dr. Ronny Raith. Er wurde

einstimmig gewählt. Schriftführer bleibt Deggendorfs Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, als Kassenprüfer fungieren wiederum Straubing-Bogens Landrat Josef Laumer und der Landrat von Rottal-Inn Michal Fahmüller.

Wie Dr. Olaf Heinrich ausführte, endete für die Projekte „EU-Förderberatung“ und das „Netzwerkmanagement“ der bisherige Förderzeitraum am 28. Februar, beim Projekt „Grenzüberschreitender Verkehr“ am 31. Oktober. Es wurden neue Förderanträge im Rahmen der Richtlinie zur Förderung für Projekte im bayerisch-tschechischen Grenzraum beim Staatsministerium der Finanzen und für Heimat eingereicht und diese positiv verabschiedet. Beim Projekt „Förderung der Hochschul- und Forschungskooperationen“, auch bezeichnet als „Koordinierungsstelle Niederbayern“, endet der Förderzeitraum im kommenden Jahr am 30. November. Auch hier bemühe man sich um einen Abschluss.

Die Erfolge der Projekte sind vielfältig, zeigte der Trägerver-

einsvorsitzende auf. So konnten zum Beispiel rund 60 Hochschulen und Forschungseinrichtungen vernetzt und 20 Millionen für grenzüberschreitende Hochschulkooperationen eingeworben werden, berichtete auch die Projektverantwortliche Vendula Maihorn. Durch die spezifische Förderberatung des Trägervereins wurden laut Verena Pfeffer bisher 29 internationale Kooperationsprojekte angestoßen, die die Europäische Union mit 6,2 Millionen Euro unterstützte. 4,7 Millionen Euro weitere Fördermittel wurden im Rahmen von zwölf Projekten in den ersten Calls in den Donauraum- und Mitteleuropa-Projekten in der neuen EU-Förderperiode beantragt.

Aus förderrechtlichen Gründen wurde die EU-Förderberatung zum 1. März um das Kulturmanagement Bayern-Böhmen erweitert. Ziel des Kulturmanagements ist es, den bayerisch-tschechischen Verflechtungsraum im Bereich Kultur in Niederbayern und Südböhmen zu stärken und weiter auszubauen. Ihre Ideen stellte Kulturmanagerin Annett Browarzik vor. Im Netzwerkmanagement für Unternehmenskooperationen geht es dagegen in erster Linie darum, branchenspezifische betriebliche Zusammenarbeit grenzübergreifend voranzubringen und Betriebe ihren diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen. Netzwerkmanagerin Jaroslava Pongratz organi-

siert für den Austausch diesseits und jenseits der Grenze auch große Veranstaltungen wie den bayerisch-tschechischen Unternehmertag. Dr. Jan Gregors Projekt hat zum Ziel, das bestehende grenzübergreifende öffentliche Verkehrsangebot zu optimieren, nach Möglichkeit neue Verbindungen aufzubauen und das ÖPNV-Informationsangebot so umfassend

wie möglich zu verbessern. Dass der Trägerverein der EDM in Niederbayern besonders engagiert und effizient arbeitet, betonte Euregio-Geschäftsführer Kaspar Sammer. „Nicht überall in der EDM werden so erfolgreich Projekte umgesetzt“, gab er Einblick. Dr. Olaf Heinrich berichtete den Mitgliedern des Trägervereins, dass nicht überall so viele Ressourcen aufgewendet wird

für die EDM wie in Niederbayern. Es müsse daher hinterfragt werden, wie die EDM zukünftig räumlich definiert werden solle und ob der EDM-Raum, der sieben Regionen in Bayern, Österreich und Tschechien umfasst, nicht zu groß und unübersichtlich sei. Dennoch sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtiger denn je und dürfe auf keinen Fall ausbremsen werden. — eb —



Regens scheidende Landrätin Rita Röhl (m.) ist als Beisitzerin vom wiedergewählten EDM-Trägervereinsvorsitzenden Dr. Olaf Heinrich (links daneben) und den Trägervereinsmitgliedern verabschiedet worden.

Bild: Bezirk Niederbayern

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Neufahrn ist eine junge, in den letzten Jahrzehnten durch die Nähe zu München und einer sehr guten Verkehrsanbindung schnell gewachsene Kommune mit etwa 21.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 2014 Erster Bürgermeister und hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich habe Katholische Theologie studiert, war als Pastoralreferent in der Gemeinde-, Jugend- und Hochschulseelsorge tätig und bin bis heute ehrenamtlicher Leiter von Wortgottesdiensten.



Franz Heilmeier

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Neufahrn b. Freising

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin seit meiner Zeit in der Jugendverbandsarbeit politisch interessiert. Nach meinem Studium bin ich berufsbedingt nach Neufahrn gezogen und habe die Gemeinde mit ihrer Mischung aus ländlichen Wurzeln und städtischer Entwicklung sehr schätzen gelernt. Als damaliger Sprecher des Ortsverbands unserer Partei habe ich einige Entscheidungen, aber auch die Polarisierung, sehr bedauert und kritisch gesehen und mich interessiert, für die Gestaltung unserer Gemeinde Verantwortung zu übernehmen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war zuvor nicht im Gemeinderat, habe aber das Gemeindegeschehen schon immer verfolgt und kannte viele Menschen innerhalb wie außerhalb des Gemeinderates schon durch meinen Beruf sehr gut. Aus vielen Gesprächen heraus hatte ich einige Ideen, Anliegen und Ziele, was ich in der Gemeinde bewegen und verbessern möchte. Es war aber dennoch ein Sprung ins kalte Wasser. Ich weiß allerdings von vielen Kolleginnen und Kollegen, dass dies wohl fast alle am Anfang so erleben.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Gemeinde war kommunalpolitisch polarisiert, hatte trotz ihrer guten Lage das Image eines Logistikstandorts mit relativ schwachen Gewerbesteuererträgen und war kaum vorbereitet auf Aufgaben in der Mobilitäts- und Energiewende. Daher spielten von Anfang an die Kommunikationskultur, die Verbesserung der Standortqualität, der Aufbau vielfältiger Mobilitätsmöglichkeiten und der Umstieg in regenerative Energieträger in möglichst kommunaler bzw. regionaler Hand eine wichtige Rolle.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die vorhin genannten anfänglichen Heraus-

forderungen beschäftigen uns auch heute. Hinzu kommen die Sicherung und der Ausbau unserer Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, aber auch die Gewinnung und Entwicklung von Personal sowie die Digitalisierung unserer Verwaltung.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich halte die kommunalpolitische Interessensvertretung für zunehmend wichtig. Bund und Freistaat betonen regelmäßig die Bedeutung der Kommunen und stellen gerne ihre Geldzu-

wendungen an uns in den Fokus. Ich bin im Vorstand des Bayerischen Städtetags und im Kreisvorstand des Gemeindetags und sehe, dass die frühzeitige Einbindung unserer Spitzenverbände in Gesetzgebungsprozesse deutlich schlechter geworden ist und dass die vorgegebenen, gewaltigen Ausgabensteigerungen vielfach verharmlost werden. Dem müssen wir uns dringend entgegenstellen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ja, gleich mehrere: Behaltet trotz mancher Verzerrungen die Wertschätzung für die Menschen in Eurer Gemeinde, haltet die Einsamkeit in Leitungsverantwortung aus, denkt über die Gemeindegrenzen hinaus, schätzt die parteiübergreifende Kollegialität, nützt die praxisnahe Fachkompetenz in den Geschäftsstellen der Kommunalen Spitzenverbände und pflegt private Freundschaften, vor allem auch zu denen, die Euch widersprechen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wichtig ist ein Mix aus klarer und verlässlicher Regelkommunikation einerseits und eine Zeitplanung andererseits, die noch Luft lässt für kurzfristiges Reagieren und Handeln. Das gilt für die Gespräche und Einbeziehung von Bürger/innen ebenso wie für ein gutes Miteinander mit den Gemeinderät/innen und für eine produktive und fördernde Arbeitskultur im Rathaus und den anderen Stellen der Gemeindeverwaltung.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sie hat schon heute einen großen Einfluss, der noch wachsen wird. Wichtig ist dabei, dass die Digitalisierung im Dienst der Aufgaben steht und nicht umgekehrt.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Eigentlich nicht, eher Grundhaltungen wie Achtung und Respekt gerade auch in Konfliktsituationen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein Bürgermeister, der die Gemeinde zusammen gehalten und sie für gegenwärtige und künftige Aufgaben vorbereitet und fit gemacht hat und der fair mit den Menschen umgegangen und in diesem Sinn auch in der Gemeindepolitik ein guter „Seelsorger“ gewesen ist.

Schwäbischer Integrationspreis für sieben Leuchtturmprojekte

Gemeinsam mit Regierungspräsidentin Barbara Schretter verlieh Bayerns Innen- und Integrationsstaatssekretär Sandro Kirchner den diesjährigen Integrationspreis der Regierung von Schwaben an sieben herausragende Integrationsprojekte. Das Preisgeld in Höhe von 6.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung.

Das „Deutsch-Café“ in der Stadt Augsburg ist ein offenes und kostenloses Lern-Angebot von Freiwilligen der Tür an Tür-Integrationsprojekte gGmbH für Geflüchtete und Zuwanderer ab 16 Jahren. Dort engagieren sich Jung und Alt, Studenten ebenso wie Arbeitssuchende, Alteingesessene oder Menschen mit eigener Migrationsgeschichte. In 1:1-Tandems oder Mini-Gruppen wird das Erlernen der deutschen Sprache unterstützt – in Ergänzung zu klassischen Deutschkursen und individuell angepasst an die Bedürfnisse der Lernenden.

Aktuell bietet das Deutsch-Café für ca. 35 Freiwillige und 100 Lernende einen festen und zugleich flexiblen Rahmen, zwei Stunden pro Woche an einem festen Ort, an einem festen Tag, zu einer festen Zeit, jedoch ohne Verpflichtung zu regelmäßiger Teilnahme für beide Seiten. Im Sommer 2015 starteten die beiden Deutsch-Cafés im Zentrum für interkulturelle Beratung, später kamen jene im „Römerhof“ und im „morizpunkt“ hinzu – jeweils in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern. Ende des

Jahres wird ein fünftes Café im Bildungshaus Kresslesmühle eröffnet.

Dolmetscherpool

Menschen mit noch geringen Deutschkenntnissen werden seit 2020 vom Dolmetscherpool in Kempten bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Die Diakonie Allgäu schult Ehrenamtliche, die als Sprachmittler Sprache und Kultur vermitteln, um ein kultursensibles Miteinander zu schaffen. Kostenfrei werden Klienten zu Terminen bei Behörden, Arztterminen, Beratungsstellen usw. begleitet. Der Dolmetscherpool bildet engagierte Menschen mit Migrationshintergrund zu ehrenamtlichen Dolmetschern aus. Diesen qualifizierteren Sprach- und Kulturmittlern werden Termine von anfragenden Institutionen und Privatpersonen vermittelt. Der Dolmetscherpool ist damit auch eine sehr gefragte Vermittlungszentrale, in der bis Mitte des Jahres bereits über 730 Anfragen bearbeitet wurden. Jedes Jahr werden zwei Kulturdolmetscherkurse sowie ein bis zwei Sprach- und Kulturmittlerkurse organisiert.

Unterstützung für Waisenkinder

Im Jahr 2020 wurde der Verein „Take my hand e.V.“ in München gegründet. Zweck des Vereins ist es, Kinder in postsowjetischen Kinderheimen und nach der Heimentlassung zu unterstützen. Aktuell liegt das Augenmerk vor allem auf den Waisenkinder in der Ukraine und Russland. Eine wichtige Aktivität hat der Verein in Ursberg gestartet: Dort werden seit 2022 geflüchtete Wai-

senkinder aus einem evakuierten ukrainischen Kinderheim auf ganz persönliche Weise begleitet. In dem Kinderheim lebten mehr als 80 Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die einer besonderen Unterstützung bedürfen.

Der Verein bildet ehrenamtliche Mentoren aus, die den Waisenkinder individuelle Zuwendung schenken und sie bei der Integration in Deutschland unterstützen. Das hilft den Kindern, ihre erlebten Traumata besser zu verarbeiten und ihre sozialen Kompetenzen zu stärken. Die Mentoren besuchen ihre Meentees wöchentlich im Kinderheim in Ursberg und verbringen mit ihnen Zeit – mit Spielen, Vorlesen, Malen oder mit Ausflügen. Zudem erfolgt eine kontinuierliche psychosoziale Begleitung der Tandems. Aktuell sind zehn aktiv, weitere befinden sich im Aufbau. Das Projekt wird in enger Absprache mit dem Kinderheim und dessen Träger, dem Dominikus-Ringeisen-Werk, durchgeführt.

Das Ehepaar Waldbrunn, seit 2017 ehrenamtlich im Bereich Asyl und Integration tätig, machte es sich zur Aufgabe, den Menschen im 2022 eingerichteten Übergangwohnheim der Regierung von Schwaben in Dillingen bei der Integration in ihrer neuen Heimat zu unterstützen. Dabei hat sich das Paar stets u.a. an folgenden Leitsätzen und Zielen der Dorferneuerung Binswangens orientiert: „Wir wollen die Integration von Neubürgern in die Dorfgemeinschaft fördern, wir wollen, dass keiner ausgeschlossen wird, und wir einander helfen. Wir fördern Schulbildung, Gesundheit und soziale Kompetenzen.“ Daher war es für die Waldbrunn selbstverständlich, die Geflüchteten in den ersten Tagen nach der Ankunft zu besuchen und in den Austausch zu treten. Zunächst wurden gemeinsam erste behördliche Angelegenheiten erledigt, was durch die gute Zusam-

menarbeit mit dem Helferkreis Wertingen, der Unterkunftsleitung, der Flüchtlings- und Inte-

GZ PINOS WELT



Überall fehlen Wohnungen. Bei uns, in der eher kleinen, aber prosperierenden und lebenswerten Stadt, im Umland von attraktiven Großstädten und in den Metropolen sowieso.

Die Gründe aufzuzählen ist ein langwieriges Unterfangen, da verschiedene Faktoren zusammenkommen. Bei uns ist es die Anziehungskraft der örtlichen Wirtschaft, in München das attraktive Umfeld, insbesondere der beiden Spitzenuniversitäten, die alle namhaften Zukunftsunternehmen veranlassen, sich an der Isar anzusiedeln. Andernorts ist es die ruhige Lage, verbunden mit einer guten Verkehrsanbindung, die eingeschworene Homeoffice-Arbeiter anzieht und überall der scheinbar nicht zu bremsende Zuzug aus aller Herren Länder, den die Bundesregierung einfach nicht in den Griff bekommt. Denn man kann sich noch so illegal in Deutschland aufhalten und dreimal ausreisepflichtig sein – irgendwo muss man ja unterkommen.

Besser als nix, aber auch bei weitem nicht ausreichend.

Damit kommt ein Vorschlag des Kanzlers ins Spiel, mit dem auf einen Schlag alle Probleme – naja, vielleicht eher einige – gelöst werden sollen: Baut wieder Trabantenstädte wie in der 60er und 70er Jahren. Neuperlach, das Märkische Viertel in Berlin, Langwasser – über Jahre hinweg als gescheiterter städtebaulicher Irrweg bezeichnet, sollen nach dem Willen des Kanzlers einförmige Betonklötze auf zu engem Raum wieder wie in der Nachkriegszeit die Lösung sein.

Nun wohnt Scholz ja in Potsdam und die Platensiedlung als natürliches Habitat des sozialistischen Menschen ist dort live zu besichtigen, wie auch in den Außenbezirken von Minsk, Bukarest oder jeder beliebigen anderen Stadt im ehemaligen Ostblock. Wer's mag ...

Richtig ist, dass sich die genannten Trabantenstädte in Deutschland durch viel Mühe und Engagement der Kommunalpolitik, der Kirchen, der Ehrenamtlichen und vieler Bewohner guten Willens zu lebenswerten Nachbarschaften mit eigenem Flair entwickelt haben. Aber ein Blick etwa nach Frankreich zeigt, dass das Experiment Trabantenstadt, dort Banlieue genannt, auch schiefgehen kann. Gerade wenn die Bewohnerschaft monostrukturiert aus Zugewanderten besteht. Gut, Scholz interessiert sich nicht für Frankreich und stößt unseren engsten Verbündeten mit hanseatischer Arroganz immer wieder vor den Kopf, aber soziologische Studien aus dem Nachbarland, das sich von uns ja gar nicht so arg unterscheidet, müsste er schon lesen können.

Aber vielleicht geht es ihm ja nur darum, wenigstens auf einem Feld Handlungsfähigkeit oder das Vorhandensein einer Gestaltungsidee zu demonstrieren, ungeachtet der möglichen negativen Folgen. Um die zu vermeiden, müssten solche neuen Großsiedlungen sehr lange und äußerst gründlich geplant werden. Keine Ad hoc-Lösung für die gegenwärtigen Probleme.

Aber schon Johann Gottfried Herder wusste: „Wie Menschen denken und leben, so bauen und wohnen sie“.

Ihr Pino

Keine Ad-hoc-Lösungen für aktuelle Probleme

Bei so viel potenzieller Nachfrage drängt sich der Gedanke auf, warum nicht mehr gebaut wird. Antwort: Bauen ist teuer, aufgrund vielfältiger Vorschriften aufwändig und unflexibel sowie einfach nicht rentabel. Stichwort Mieterschutz. Ob bei der Festsetzung der Miethöhe, bei Mieterhöhungen, baulichen Veränderungen, bei Kündigungsrechten und Untermietansprüchen – in Deutschland herrscht keine Waffengleichheit zwischen Mieter und Vermieter, sondern der Vermieter kämpft mit auf dem Rücken gefesselten Händen, während der Mieter ein Huftisen im Boxhandschuh hat.

Da der Markt durch staatliche Eingriffe ohnehin gestört ist, hat sich die Ampel für eine Planvorgabe entschieden: 400.000 Wohnungen pro Jahr. Basta.

Aber staatliche Planungen funktionieren halt, so lehrt es die Geschichte, erst recht nicht. Derzeit gehen Optimisten von zwischen 150.000 und 200.000 neuen Wohnungen pro Jahr aus.

BAYERISCHES GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Kaniber und Schöffel:

Finanzieller Startschuss für neues Behördenzentrum in Marktredwitz

Haushaltsausschuss im Landtag erteilt Projektfreigabe

Verlagerung von 85 sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen im Rahmen der Heimatstrategie

„Den weiteren Planungen für das Behördenzentrum in Marktredwitz steht nun nichts mehr im Weg: der Haushaltsausschuss im Landtag hat seine Projektfreigabe erteilt. So werden künftig 60 Beschäftigte der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und 25 Beschäftigte des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in einem modernen Neubau untergebracht. Die Maßnahme ist Teil der erfolgreichen Heimatstrategie und eine Stärkung für die Stadt Marktredwitz und die gesamte Region Fichtelgebirge“, freut sich Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel anlässlich des Beschlusses des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags zur Errichtung eines dauerhaften gemeinsamen Dienstgebäudes für das „Kompetenzzentrum Förderprogramme“ der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für das „Servicezentrum eGovernment BayernServer“ des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Marktredwitz.

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber: „Wir bieten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit dem neuen Ämtergebäude in Marktredwitz im schönen Fichtelgebirge eine wunderbare Arbeitsumgebung mit hervorragender Infrastruktur.“

Effizientes, bürgerfreundliches Verwaltungszentrum

Dieser Neubau zusammen mit dem Servicezentrum BayernServer schafft ein effizientes, bürgerfreundliches Verwaltungszentrum, von dem beide Institutionen profitieren. Alles in allem stärken wir damit den ländlichen Raum und rücken mit der so er-

weiterten FÜAK die Landwirtschaft noch mehr in die Mitte der Gesellschaft. Das freut mich als Landwirtschaftsministerin sehr.“

Neubau als Passivhaus in Holz-Hybrid-Bauweise

Im Rahmen der Heimatstrategie des Freistaats Bayern zur Behördenverlagerung entsteht in Marktredwitz im neuen Stadtteil „Benker-Areal“ in der Innenstadt ein gemeinsam genutztes Dienstgebäude für 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Kompetenzzentrums Förderprogramme“ der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und 25 Beschäftigte des „Servicezentrum eGovernment BayernServer“

grationsberatung sowie ehrenamtlich tätigen Dolmetschern aus dem Landkreis zügig voran-

gration insgesamt engagieren sich zwischenzeitlich viele weitere Personen haupt- und ehrenamtlich, etwa mit der Gartenplanung für die Selbstversorgung mit Obst, Gemüse, Kräutern und Blumen, der Durchführung eines privaten Ferienprogramms oder der Förderung individueller und begleitender Zukunftsplanung für Schule und Beruf. Alle Migrantinnen nehmen am Deutschunterricht teil. Hobbies und kulturelle Teilhabe werden durch Kontakte zu diversen Vereinen unterstützt. Nähmaschinen wurden angeschafft, Fahrräder, Inline-Skates, Sportgeräte, Spielzeug, Kinderwagen u.v.m. wurden an die Bewohner des Übergangwohnheims verschickt. Für Frauen wird es in einem Therapie- und Trainingszentrum in Wertingen einen Gesundheitspräventionskurs geben.

Als fester Bestandteil der Integrationslandschaft im Ostallgäu hat sich in den vergangenen zehn Jahren der „teapoint Buchloe“, ein regelmäßiger offener Treff im evangelischen Gemeindehaus für alle Flüchtlinge, ehrenamtlichen Helfer und Interessierte, etabliert. Ehrenamtliche kümmern sich um verschiedenste Anliegen der Flüchtlinge. Man kommt bei Kaffee, Tee und Kuchen ins Gespräch, organisiert Hilfen und Unterstützung, sei es beim Ausfüllen von Formularen, Bewerbungen, bei der Nachhilfe für Schüler oder der Wohnungssuche. Darüber hinaus werden auch Weihnachtsfeiern und Ausflüge organisiert. Den „teapoint“ besuchen derzeit regelmäßig Menschen mit etwa zehn verschiedenen Nationalitäten. Viele der ehemaligen Migrantinnen, die schon viele Jahre in Buchloe le-

ben, helfen mittlerweile auch aktiv im Helferkreis mit. Finanziert wird der offene Treff ausschließlich durch Spenden.

Deutschkurse als nachbarschaftliches Projekt

Mit ihrer Initiative „Hilfe von Flüchtlingen für Flüchtlinge“ bietet die Türkin Seval Yürük in der Flüchtlingsunterkunft in Weiler ehrenamtlich Deutschkurse an. Diese finden täglich zwei Stunden statt und werden sehr gut angenommen. Aus dieser Deutschinitiative hat sich auch ein gutes nachbarschaftliches Hilfsprojekt entwickelt. Fahrdienste und andere Hilfeleistungen werden von der Gruppe um Seval Yürük erledigt. Darüber hinaus gestaltet und organisiert sie auch mit den Bewohnern Feste, wie beispielsweise das Zuckerfest zum Ende des Ramadans. Überdies hat sie gemeinsam mit den Bewohnern kleine Pflanzen- und Gemüsebeete vor den Wohnungen der jeweiligen Familien angelegt. Das soziale Miteinander und ein guter Umgang in der Nachbarschaft stehen im Mittelpunkt.

Seit zehn Jahren in der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung tätig ist Margot Müller aus Scheidegg-Scheffau. Dort ist die Situation sehr speziell, denn die Unterkunft mit ihren 40 Bewohnern liegt weit entfernt von der nächsten größeren Ortschaft und ist kaum mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Frau Müller wohnt direkt neben der Unterkunft und ist Tag und Nacht als Ansprechpartnerin für die dort untergebrachten Flüchtlinge da und im Einsatz. Sie unterstützt die Menschen mit allen notwendigen Hilfen, von Fahrdiensten bis Behördengängen, und wird deshalb als „Herbergsmutter“ tituliert. **DK**

Festakt in Lichtenfels:

30 Jahre SDF Klosterlangheim

Auf eine nunmehr 30 Jahre andauernde erfolgreiche Entwicklung kann die Schule für Dorf- und Flurentwicklung (SDF) Klosterlangheim verweisen. Das runde Jubiläum wurde mit einem Festakt im Stadtschloss Lichtenfels gefeiert. Lothar Winkler, Leiter des Amts für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberfranken und SDF-Vorstandsmitglied konnte hierzu rund 100 Gäste begrüßen. Winkler vertrat die bisherige Vorsitzende der SDF, Heidrun Piwernetz, die mittlerweile an die Spitze des Bayerischen Obersten Rechnungshofes in München gewechselt ist.

Die SDF Klosterlangheim ist die fränkische der drei bayerischen Schulen. Dabei ist sie keine Schule im eigentlichen Sinn, sondern vielmehr eine Bildungsstätte, in der die Teilnehmer in Workshops und Seminaren zur aktiven Mitarbeit in der Dorferneuerung, der Flurneuordnung und der integrierten Ländlichen Entwicklung

(ILE) motiviert werden. Die SDF unterstützt seit drei Jahrzehnten mit ihrem Angebot erfolgreich bürgerschaftliches Engagement und Eigenverantwortung.

Impulsgeber

Die Schule sei hoch anerkannt und als Impulsgeber für die Entwicklungen im Ländlichen Raum nicht mehr wegzudenken, betonte Winkler. Der von 1993 bis 1997 aufwändig restaurierte ehemalige Konventbau biete beste Möglichkeiten für einen Seminarbetrieb. Einen großen Anteil an dem Erfolg maß der Amtsleiter unter anderem dem ehemaligen Präsidenten der Direktion für ländliche Entwicklung Oberfranken, Bruno Rahn, dem damaligen Regierungspräsidenten Dr. Erich Haniel, dem früheren Bezirkstagspräsidenten Edgar Sitzmann, dem ehemaligen

Lichtenfelser Bürgermeister Winfried Bogdahn sowie Prof. Dr. Holger Magel, einem der geistigen Väter der bayerischen Dorferneuerung, zu.

Zu drei Jahrzehnten Engagement und Leidenschaft für die Themen und insbesondere die Menschen des ländlichen Raums gratulierte Roland Spiller, Referatsleiter Integrierte Ländliche Entwicklung und Flurneuordnung beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Hinter dieser Erfolgsgeschichte stehe die Fähigkeit, die sich wandelnden Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum gut im Blick zu haben und das Angebot konsequent weiterzuentwickeln. Die SDF Klosterlangheim habe sich als Ideenschmiede für den ländlichen Raum erwiesen. Sie habe sich immer wieder neu aufgestellt, um ihrer Vision, die Menschen, die etwas für ihre Heimat bewegen wollen, zusammenzubringen und zum Tun zu befähigen, treu zu bleiben. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der GZ-Jahreswandkalender 2024 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Landkreis München:

Maßnahmen bei einem Stromausfall

Ein unerwarteter, langanhaltender Stromausfall mit überregionalen Auswirkungen, stellt eines der möglichen Katastrophenszenarien in Deutschland dar. Der Landkreis München hat beschlossen, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden eine umfassende Katastrophenschutzplanung für einen länger andauernden Blackout durch die KomRe AG erstellen zu lassen. Diese Planung soll helfen, handlungsfähig zu bleiben und die Schäden gering zu halten.

Das Hauptziel des Projekts ist die Entwicklung eines auf den Landkreis zugeschnittenen Sonderschutzplans für einen Blackout sowie von Notfallplänen für die einzelnen Kommunen, damit die Entscheidungsträger wissen, was auf sie zukommt, welche Aufgaben zu beachten sind und welche Handlungen empfohlen werden. Ein wichtiger Bestandteil dieser Notfallpläne ist die individuelle Erfassung relevanter Einrichtungen und Organisationen vor Ort. Deshalb werden Online-Befragungen durchgeführt. Das soll die Ableitung eines realistischen Lagebildes im Landkreis München und damit eine maßgeschneiderte Notfallplanung für den Krisenfall ermöglichen. □

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24/2023, die am 21. Dezember 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau
- Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSÖRGUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 0 8773 18-0
F 0 8773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

**Brunnensanierung /
Brunnenregenerierung**

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Ettschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Fahnen Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

**Informationssicherheit und
Datenschutz**

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal CISIS12
Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunale Fachmedien

QR code and flamingo image

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

HIGH-SPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW **NetCom BW**

**Multifunktionale
Wärmerückgewinnung**

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt · Universitäten in Regensburg und Würzburg · FH Aschaffenburg · Saturn Arena Ingolstadt · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck · div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
Sitzungsmanagement / Katsinformationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. kommune-aktiv.de

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software. m7i-service.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGSSERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

KFB

Photovoltaik

UNTERHOLZNER
ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2024

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Mo 1 KW 1 Neujahr	Do 1	Fr 1	Mo 1 KW 14 Ostermontag	Mi 1 Tag der Arbeit	Sa 1	Mo 1 KW 27	Do 1	So 1	Di 1	Fr 1 Allerheiligen	So 1
Di 2	Fr 2	Sa 2	Di 2	Do 2	So 2	Di 2	Fr 2	Mo 2 KW 36	Mi 2	Sa 2	Mo 2 KW 49
Mi 3	Sa 3	So 3	Mi 3	Fr 3	Mo 3 KW 23	Mi 3 98. Verbandsversammlung des SVB, Straubing	Sa 3	Di 3	Do 3 Tag der Deutschen Einheit	So 3	Di 3
Do 4	So 4	Mo 4 KW 10	Do 4	Sa 4	Di 4	Do 4 Bayerischer Sparkassentag, Straubing	So 4	Mi 4	Fr 4	Mo 4 KW 45	Mi 4
Fr 5	Mo 5 KW 6	Di 5	Fr 5	So 5	Mi 5	Fr 5	Mo 5 KW 32	Do 5	Sa 5	Di 5	Do 5
Sa 6 Heilige Drei Könige	Di 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6 KW 19	Do 6	Sa 6	Di 6	Fr 6	So 6	Mi 6	Fr 6
So 7	Mi 7	Do 7	So 7	Di 7	Fr 7	So 7	Mi 7	Sa 7	Mo 7 KW 41	Do 7	Sa 7
Mo 8 KW 2	Do 8	Fr 8	Mo 8 KW 15	Mi 8	Sa 8	Di 9	Do 8	So 8	Di 8	Fr 8	So 8
Di 9	Fr 9	Sa 9	Di 9	Do 9 Christi Himmelfahrt	So 9	Di 9	Fr 9	Mo 9 KW 37	Mi 9	Sa 9	Mo 9 KW 50
Mi 10	Sa 10	So 10	Mi 10	Fr 10	Mo 10 KW 24	Mi 10	Sa 10	Di 10	Do 10 AKDB kommunal	So 10	Di 10
Do 11	So 11	Mo 11 KW 11	Do 11	Sa 11	Di 11	Do 11	So 11	Mi 11	Fr 11	Mo 11 KW 46	Mi 11
Fr 12	Mo 12 KW 7	Di 12	Fr 12	So 12	Mi 12	Fr 12	Mo 12 KW 33	Do 12	Sa 12	Di 12	Do 12
Sa 13	Di 13	Mi 13 Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT	Sa 13	Mo 13 KW 20	Do 13	Sa 13	Di 13	Fr 13	So 13	Mi 13	Fr 13
So 14	Mi 14	Do 14	So 14	Di 14	Fr 14	So 14	Mi 14	Sa 14	Mo 14 KW 42	Do 14	Sa 14
Mo 15 KW 3	Do 15	Fr 15	Mo 15 KW 16	Mi 15 Bayerischer Landkreistag	Sa 15	Mo 15 KW 29	Do 15 Mariä Himmelfahrt	So 15	Di 15	Fr 15	So 15
Di 16	Fr 16	Sa 16	Di 16	Do 16 Landkreisversammlung Bayerischer Landkreistag Wunsiedel im Fichtelgebirge	So 16	Di 16	Fr 16	Mo 16 KW 38	Mi 16	Sa 16	Mo 16 KW 51
Mi 17	Sa 17	So 17	Mi 17	Fr 17	Mo 17 KW 25	Mi 17	Sa 17	Di 17	Fr 18	Mo 18 KW 47	Mi 18
Do 18	So 18	Mo 18 KW 12	Do 18	Sa 18	Di 18	Do 18	So 18	Mi 18	Do 17 11. Bayerisches BreitbandForum	So 17	Di 17
Fr 19	Mo 19 KW 8	Di 19	Fr 19	So 19 Pfingstsonntag	Mi 19	Fr 19	Mo 19 KW 34	Do 19	Sa 19	Di 19	Do 19
Sa 20	Di 20	Mi 20	Sa 20	Mo 20 KW 21 Pfingstmontag	Do 20	Sa 20	Di 20	Fr 20	So 20	Mi 20	Fr 20
So 21	Mi 21	Do 21 19. Müller-BBM Fachgespräche www.mbbm-ind.com	So 21	Di 21	Fr 21	So 21	Mi 21	Sa 21	Mo 21 KW 43	Do 21	Sa 21
Mo 22 KW 4	Do 22	Fr 22	Mo 22 KW 17	Mi 22	Sa 22	Di 23	Do 22	So 22	Di 22	Fr 22	So 22
Di 23	Fr 23	Sa 23	Di 23 Bayerisches Energie- & WasserkraftForum	Do 23	So 23	Di 23	Fr 23	Mo 23 KW 39	Mi 23	Sa 23	Mo 23 KW 52
Mi 24	Sa 24 Freie Demokraten	So 24	Mi 24	Fr 24	Mo 24 KW 26	Mi 24	Sa 24	Di 24	Do 24 Landesversammlung Bayerischer Gemeindetag, Veitshöchheim	So 24	Di 24 Heiliger Abend
Do 25	So 25 Landesparteitag FDP Bayern, Ingolstadt	Mo 25 KW 13	Do 25	Sa 25	Di 25	Do 25	So 25	Mi 25	Fr 25	Mo 25 KW 48	Mi 25 1. Weihnachtsfeiertag
Fr 26	Mo 26 KW 9	Di 26	Fr 26	So 26	Mi 26	Fr 26	Mo 26 KW 35	Do 26	Sa 26	Di 26	Do 26 2. Weihnachtsfeiertag
Sa 27	Di 27	Mi 27	Sa 27	Mo 27 KW 22	Do 27	Do 27	Di 27	Fr 27	So 27	Mi 27	Fr 27
So 28	Mi 28	Do 28	So 28	Di 28	Fr 28	So 28	Mi 28	Sa 28	Mo 28 KW 44	Do 28	Sa 28
Mo 29 KW 5	Do 29	Fr 29 Karfreitag	Mo 29 KW 18	Mi 29	Sa 29	Mo 29 KW 31	Do 29	So 29	Di 29	Fr 29	So 29
Di 30	Fr 30	Sa 30	Di 30	Do 30 Fronleichnam	So 30	Di 30	Fr 30	Mo 30 KW 40	Mi 30	Sa 30	Mo 30 KW 1
Mi 31	So 31 Ostersonntag	Fr 31	Di 31	Fr 31	So 31	Mi 31	Sa 31	Do 31	Do 31	Sa 31	Di 31 Silvester

Beim Glasfaser-Ausbau ist Bayern unsere #1

Erleben, was verbindet.

ENERPIPE
Wir bringen Wärme auf den Weg!

Heute schon an morgen denken: Mit einem Nahwärmenetz die kommunale Energiewende gestalten!

Themenportal KOMMUNAL-POLITIK

Hanns Seidel Stiftung

Testat für Politische Bildung

www.hss.de/kommunalpolitik

Verwirrende Zeiten brauchen klare Finanzen.

Behalten Sie Ihre finanziellen Ziele im Blick. Wir unterstützen Sie dabei.

Mehr auf sparkasse.de/mehrs-als-geld

Zukunft gestalten. Fortschritt fördern.

Mit zinsgünstigen Kommunal- und speziellen Förderkrediten. Mehr Infos unter bayernlabo.de

HEIMATFÖRDERER

Bayern Labo

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

Rundum digital AKDB

360°-Digitalisierung für Ihre Verwaltung

www.akdb.de/loesungen

BayernFM Consult

Unserer Beratungskompass:

- Sie wollen ESG-konform und klimaneutral werden?
- Sie wollen einen rechtssicheren und professionellen Gebäudebetrieb?
- Sie wollen für Ihr Bauprojekt Kosten und Terminüberschreitungen sparen?

Erfahren Sie mehr auf unserer Website: www.bayernfm-consult.de

UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Vernetzen Sie Ihre Kommune mit Glasfaser.

unsergrueneglasfaser.de

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben